



# Landtag von Baden-Württemberg

141. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 27. Januar 2021 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Schluss: 13:09 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin. . . . .	8725	Abg. Udo Stein AfD. . . . .	8741
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP (zur Geschäftsordnung) . . . . .	8725	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP. . . . .	8741
Beschluss. . . . .	8725	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	8742
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung). . . . .	8726	Minister Thomas Strobl . . . . .	8742
1. Aktuelle Debatte – <b>Starke Wirtschaft, starkes Land – durch Invest BW mit Schub sicher aus der Krise</b> – beantragt von der Fraktion der CDU .	8727	Beschluss . . . . .	8742
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU. . . . .	8727	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – <b>Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes</b> – Drucksache 16/9279	
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE . . . . .	8728	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/9380. . . . .	8742
Abg. Dr. Boris Weirauch SPD . . . . .	8730	Abg. Josef Frey GRÜNE . . . . .	8742
Abg. Carola Wolle AfD . . . . .	8731	Abg. Stefan Teufel CDU . . . . .	8743
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	8733	Abg. Andreas Kenner SPD. . . . .	8743
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	8734	Abg. Uwe Wanke AfD . . . . .	8744
Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut. . . . .	8734	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	8745
Abg. Winfried Mack CDU . . . . .	8737	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	8745
Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP . . . . .	8738	Minister Manfred Lucha . . . . .	8746
2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Rechtsvorschriften an die Neufassung des Polizeigesetzes (Polizeigesetz-Anpassungsgesetz – PolGANpG)</b> – Drucksache 16/9241		Beschluss . . . . .	8746
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/9688. . . . .	8740	4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – <b>Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg</b> – Drucksache 16/9542. . . . .	8747
Abg. Andrea Schwarz GRÜNE . . . . .	8740	Abg. Emil Sänze AfD. . . . .	8747
Abg. Siegfried Lorek CDU . . . . .	8740	Abg. Thomas Hentschel GRÜNE . . . . .	8748
Abg. Rainer Hinderer SPD. . . . .	8740	Abg. Marion Gentges CDU . . . . .	8749
		Abg. Reinhold Gall SPD . . . . .	8749
		Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. . . . .	8750
		Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	8750
		Beschluss . . . . .	8751

5. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Gesetz über ein Transparenzregister (Transparenzregistergesetz – TRegG)</b> – Drucksache 16/9738 ... 8751	<b>Landes Baden-Württemberg</b> – Drucksache 16/9829. .... 8756
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE. .... 8751	Beschluss ..... 8756
Abg. Nicole Razavi CDU. .... 8752	
Abg. Dr. Boris Weirauch SPD ..... 8753	
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP. .... 8754	
Abg. Carola Wolle AfD ..... 8754	
Staatsministerin Theresa Schopper ..... 8755	
Beschluss ..... 8755	
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Beteiligungsfonds des</b>	7. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 1. Dezember 2020 – <b>Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land über Ausgestaltung, Betrieb und Fortentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT)</b> – Drucksachen 16/9419, 16/9736 ..... 8756
	Beschluss ..... 8756
	Nächste Sitzung ..... 8756

## Protokoll

über die 141. Sitzung vom 27. Januar 2021

Beginn: 10:02 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 141. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

(Unruhe)

– Es wäre wirklich schön, wenn Sie die Geräusche und Gespräche einstellen würden. Vielen Dank.

Heute beginnt unsere Sitzung ja erst um 10 Uhr. Denn es ist ein besonderer Tag. Wir hatten soeben eine sehr feierliche digitale Veranstaltung zum heutigen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme. Wer an der Feierstunde nicht teilnehmen konnte, kann sie sich später in der Mediathek des Landtags anschauen.

Nun kommen wir zu den regulären Abläufen.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Halder und Herr Abg. Renkonen.

Seitens der Regierung hat sich aus dienstlichen Gründen Herr Minister Lucha ab 12:05 Uhr entschuldigt.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 19. Januar 2021 – Bericht über aktuelle europapolitische Themen – Drucksache 16/9795

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Januar 2021, Az.: 1 BvR 2777/20 – Verfassungsbeschwerde der Landesrundfunkanstalten (ARD) gegen die durch den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt vorgenommene Rücknahme des Entwurfs des Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 13. Januar 2021, Az.: 1 BvR 2775/20 – Verfassungsbeschwerde des Deutschlandradios gegen die Rücknahme des Entwurfs des Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag sowie auf Zustimmung des Landtags von Sachsen-Anhalt zum Entwurf des Gesetzes zum Ersten Medienänderungsstaatsvertrag

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

\*

Nun liegen mir Geschäftsordnungsanträge vor. Zum einen ein Geschäftsordnungsantrag von Herrn Abg. Dr. Rülke. – Bitte.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Medien entnehmen wir, dass heute Nachmittag um 14:30 Uhr der Ministerpräsident bzw. die Kultusministerin die Öffentlichkeit darüber informieren wollen,

(Zuruf: Wie lautet der Geschäftsordnungsantrag?)

was für nächste Woche zu den Schulen geplant ist.

Heute Morgen ist der Landtag von Baden-Württemberg, das Parlament, zusammengetreten. Offensichtlich planen weder der Ministerpräsident noch die Kultusministerin, dem Parlament zu verraten, was sie vorhaben.

(Zurufe)

Wir halten das für eine Missachtung des Parlaments und beantragen deshalb, dass der Landtag von Baden-Württemberg den Ministerpräsidenten bzw. die Kultusministerin auffordert, den Parlamentariern zu erläutern, was für nächste Woche geplant ist.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Meine Damen und Herren, gibt es zu diesem Geschäftsordnungsantrag weitere Wortmeldungen? – Dem ist nicht so.

Es geht um die Erweiterung der Tagesordnung, die von einer Fraktion beantragt ist. Der Antrag ist damit zulässig. Deshalb lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenstimmen? –

(Abg. Carola Wolle AfD: Missachtung des Parlaments! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Auszählen! – Abg. Anton Baron AfD: Klüngelrunden in den Hinterzimmern! – Abg. Bernd Gögel AfD: Erstaunlich, erstaunlich! – Unruhe)

Enthaltungen? – Damit ist der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Jetzt gibt es eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung, und zwar von Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Der Kollege wollte doch dieses Ergebnis! – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Schämt euch! Schämt euch! – Abg. Bernd Gögel AfD: Beschämend, ja! – Abg. Karl Zimmermann

(Präsidentin Muhterem Aras)

CDU: Fragen Sie doch das Virus! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] setzt sich am Redepult eine Mund-Nasen-Bedeckung auf. – Vereinzelt Lachen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Nein, das geht gar nicht! – Weitere Zurufe, u. a.: Ach Gott, nein! – Anhaltende Unruhe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Präsident – –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment! Herr Abg. Dr. Fiechtner, würden Sie bitte die Maske beim Reden abnehmen.

(Zurufe, u. a. Abg. Nicole Razavi CDU: Also, Sie machen sich einfach immer lächerlich, Herr Fiechtner! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist keine Maske, das ist eine Verkleidung!)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Razavi, das tun Sie.

(Der Redner nimmt seine Mund-Nasen-Bedeckung ab. – Zurufe, u. a. der Abg. Nicole Razavi CDU)

Sie haben recht: Den Hitlergruß unserer Tage muss ich ablegen; das ist vollkommen richtig.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Lassen Sie die Maske auf! Das ist gut, dann hört man nichts! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist selbst für Ihr Niveau unerträglich, Herr Fiechtner! Ich fordere Sie auf, den Raum zu verlassen! An diesem Tag! Eine Schande! – Gegenruf des Abg. Rainer Hinderer SPD: Er hat kein Niveau! – Unruhe)

Frau Präsident, würden Sie mir bitte das Rederecht verschaffen und diesen Polemiken hier entgegentreten?

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, warten Sie einfach ab.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe. Herr Abg. Dr. Fiechtner redet zur Geschäftsordnung, und er hat das Wort. – Vielen Dank.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Nach § 84 der Geschäftsordnung des Landtags von Baden-Württemberg in Verbindung mit § 57 Absatz 1 – Dringliche Anträge – in Verbindung mit § 57 Absatz 3 Satz 1 – „Andere Anträge können ... vom Landtag für dringlich erklärt werden.“ – und Absatz 3 Satz 5 – „Werden die Anträge durch den Landtag für dringlich erklärt, sind sie in der gleichen Sitzung zu behandeln.“ – werde ich – –

Mein Mikrofon scheint nicht aufgedreht zu sein. Kann das sein? Man versteht mich gar nicht; ich habe die Nachricht, dass ich nicht verstanden werde. Bitte das Mikrofon lauter machen, dass ich auch von jedermann verstanden werde. Und vielleicht verschaffen Sie mir auch Gehör hier in diesem Gepolter.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, warten Sie bitte. – Erstens ist Ihr Mikrofon an. Zweitens: Ich Sorge für Ruhe. Drittens ist es vielleicht ganz gut, wenn Sie mit-

bekommen, wie es ist, wenn man ständig dazwischenquatscht. – Danke.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl Zimmermann CDU: Auch wenn ich Sie höre, verstehe ich Sie nicht!)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Präsident, derartige Kindergartenrügen stehen Ihnen nicht zu, wobei das Wort „Rüge“ in der Geschäftsordnung nicht steht. Ich fordere von Ihnen, dass Sie mir das Rederecht hier garantieren und Störern dann auch Einhalt gebieten.

(Zurufe)

In Verbindung mit § 52 – Form der Anträge – Absatz 1 – schriftlich und einleitend mit „Der Landtag wolle beschließen“ – und Absatz 2 – von jedem Abgeordneten stellbar – in Verbindung mit § 54 – Selbstständige Anträge, die keinen Gesetzentwurf enthalten – Absatz 1 – mit fünf mitzeichnenden Abgeordneten –:

Der Landtag wolle beschließen, die Tagesordnung des heutigen Tages um den Tagesordnungspunkt 1 zu ergänzen: „Nie wieder! Wehret den Anfängen! Debatte zur Verhinderung totalitärer diktatorischer Strukturen in Deutschland“.

Zur Begründung.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie können gar nicht zur Begründung kommen, denn die Erweiterung der Tagesordnung kann nur von einer Fraktion – –

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Nein; oder fünf Abgeordneten. Lesen Sie Ihre Geschäftsordnung.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nein, Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie sind kein Fraktionsabgeordneter.

(Unruhe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Es haben sechs beantragt.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nein. Sie können den Antrag nicht begründen.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ich möchte, dass man hier zum wachsenden Faschismus in unserem Land, der den Hitlergruß von unseren Bürgern einfordert, Stellung nimmt, ...

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich entziehe Ihnen hiermit das Wort. Mikro aus!

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] wird das Mikrofon abgeschaltet. – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: ... um endlich das zu tun, was man mit Krokodilstränen heute beweint, ... – Gegenrufe, u. a.: Aufhören! – Ruhe! – Hau ab, du Nazi! – Anhaltende Unruhe)

Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: ... nämlich den Anfängen wirklich zu wehren und der drohenden Diktatur entgegenzutreten!)

(Präsidentin Muhterem Aras)

Herr Abg. Dr. Fiechtner, es folgt der zweite Ordnungsruf, weil Sie einfach nicht hören. Vielen Dank.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] verlässt das Redepult. – Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin!)

Sie wissen genau: Eine Erweiterung der Tagesordnung ist laut unserer Geschäftsordnung nur zulässig, wenn der Antrag von einer Fraktion kommt. Sie gehören keiner Fraktion an. Fertig!

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das war ein dringlicher Antrag, der vom Landtag entschieden werden muss!)

– Es gibt keine Debatte darüber.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Frau Präsidentin, ich muss rügen, dass da jemand zu Herrn Fiechtner „Nazi“ geschrien hat! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Wieso müssen Sie das rügen? – Lebhaftige Unruhe)

– Sie rügen jetzt gar nichts!

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Irgendwo da hinten, Frau Präsidentin! – Anhaltende lebhaftige Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe. – Herr Abg. Baron, Sie rügen hier niemanden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: So ist es!)

Wir lesen im Protokoll nach. Wenn etwas gewesen sein sollte, was eines Ordnungsrufs würdig ist, dann klären wir das im Nachhinein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

– Nein, Herr Abg. Dr. Fiechtner, es gibt jetzt keine Debatte. Wir fahren fort.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich möchte eine persönliche Erklärung abgeben! – Zurufe, u. a. Abg. Nicole Razavi CDU: Maske auf!)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(Unruhe)

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### **Aktuelle Debatte – Starke Wirtschaft, starkes Land – durch Invest BW mit Schub sicher aus der Krise – beantragt von der Fraktion der CDU**

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf an dieser Stelle auch die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich an den Redezeitrahmen zu halten.

Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

(Abg. Anton Baron AfD: Die sollen erst mal die Novemberhilfen auszahlen!)

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vorab sagen, Herr Kollege Rülke – damit kein falscher Eindruck entsteht –: Wir sind mit Leib und Seele Parlamentarier.

(Lebhaftige Unruhe – Zurufe)

Ich möchte auch klarstellen, dass es heute im Grunde genommen um den Vollzug dessen geht, was wir in der vergangenen Woche ausführlich debattiert haben, nämlich die Umsetzung dessen, was Kultusministerin und Ministerpräsident angekündigt haben, dass nämlich dann, wenn die Infektionszahlen nicht exorbitant steigen, sondern fallen, ab 1. Februar schrittweise, vorsichtig geöffnet wird.

(Zurufe)

Insoweit kann das sicherlich die Regierung dann auch noch vertiefen. Ich wollte es hier nur klarstellen, damit kein falscher Eindruck entsteht.

(Beifall)

Das Zweite: Heute genau vor einem Jahr gab es in Deutschland den ersten bestätigten Coronafall, und seitdem hat uns das Virus im Griff. Jeden Tag haben wir – wir alle – mit dem Krisenmanagement alle Hände voll zu tun. Klar ist: Die Pandemie wird unser Land verändern. Sie wird auch unsere Wirtschaft verändern. Deshalb denken wir über den Tag hinaus.

Unser Ziel heißt: Jetzt für morgen sorgen. Wir haben seitens des Landes viel für die Wirtschaft und die akute Krisenbewältigung in den Unternehmen getan: von der Soforthilfe über unsere maßgeschneiderten Branchenprogramme bis hin zu unserem Schutzschild für Start-ups und zum Beteiligungsfonds. Auch bei den Vollauszahlungen der wichtigen Novemberhilfen liegt jetzt Baden-Württemberg, zumindest nach aktuellen Zahlen, zusammen mit Bayern bundesweit vorn. Wir kämpfen um den Substanzerhalt der Wirtschaft in unserem Land, aber wir kämpfen auch um unsere Zukunft. Es geht um die Technologien von morgen, um die Märkte von morgen, um die Jobs und damit auch um den Wohlstand von morgen.

(Beifall)

Darum kümmern wir uns, und das machen wir jetzt mit Invest BW möglich. Seit wenigen Tagen können die Unternehmen die Anträge stellen. Invest BW ist ein echtes Durchstarterprogramm für die Wirtschaft. Wir schalten damit auf Zukunft. Wir bringen den Standort Baden-Württemberg mit dem richtigen Schub aus der Krise, und wir tun das jetzt, damit wir direkt mit Vorsprung in die Zeit nach Corona aufbrechen können.

Invest BW ist der Ideen- und – das sage ich auch – Ressourcenturbo, mit dem wir jetzt den entscheidenden Schritt schneller sind. Invest BW ist das größte Innovations- und Investitionsförderprogramm, das es jemals in der Landesgeschichte gegeben hat, und wir stehen damit Unternehmen aller Größen

(Dr. Wolfgang Reinhart)

und Branchen zur Seite und unterstützen sie auf dem Weg des gelingenden Wandels.

(Beifall)

Unser klares Ziel ist: Baden-Württemberg muss wieder Innovationsregion Nummer 1 in Europa werden und sein. Deshalb schaffen wir jetzt mit Invest BW die richtigen Impulse und die richtigen Spielräume. Wir wollen, dass die Unternehmen mit voller Kraft voraus auf diese Krise reagieren können. Wir wollen, dass sie ihre Ideen umsetzen, neu denken und sich erfolgreich neu aufstellen können – für eine Zukunft ohne Corona.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

350 Millionen € haben wir dafür bereitgestellt. Invest BW ist das Filetstück unserer großen Initiative „Zukunftsland Baden-Württemberg“.

(Beifall)

Wir sind überzeugt, dass wir damit ähnlich wie beim Erfolgsmodell Digitalisierungsprämie oder „Digitalisierungsprämie Plus“ ein Mehrfaches an Investitionen und auch an Wertschöpfung heben werden. Für den Maschinenbauer, der jetzt in eine neue Halle investiert, für den innovativen Dienstleister, der auf künstliche Intelligenz setzt, heißt das ganz konkret: direkte Zuschüsse von bis zu 5 Millionen €. Gerade für den Mittelstand gibt es dabei besonders attraktive Förderbedingungen. Invest BW ist kluge, beherrzte Wirtschafts- und Innovationspolitik aus Baden-Württemberg für Baden-Württemberg.

(Beifall)

Ich danke hier auch den Mitgliedern der Landesregierung, unserer Wirtschaftsministerin. Dazu gehört auch unser entschlossener Einsatz für die Mobilität von morgen und für den kommenden Energieträger Wasserstoff, für den erfolgreichen Wandel der Auto- und Zulieferindustrie im Land, für Zukunftstechnologien wie Quantentechnik oder Medizintechnik, für Technologien, die Ökologie und Ökonomie verbinden, auch für den Ausbau der digitalen Infrastruktur in Breitband und 5G, für Handwerk, Mittelstand und Industrie. Wir setzen gezielt auf Innovation. Wir investieren in die strategischen Stärken unseres Landes und entfesseln seine kreative Kraft. Wir machen die Wirtschaft im Land stark für ein starkes Baden-Württemberg.

(Beifall – Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Lindlohr.

**Abg. Andrea Lindlohr** GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Erfolgreiche Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen und Orte der exzellenten Forschung finden sich in allen Ecken und Winkeln unseres Landes. Sie spannen ein Netz der Innovationen in Baden-Württemberg. Wir sind der festen Überzeugung: Es ist unsere Aufgabe, dieses Netz der Innovationen immer enger und fester zu knüpfen. Es ist unsere Aufgabe, allen Innovatorinnen und Innovatoren in Baden-Württemberg – die, die schon hier sind, und die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger, die es werden wollen – die besten Be-

dingungen zu geben, damit sie ihre Ideen umsetzen können. Und das tun wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wo stehen wir? Es gibt den europäischen Innovationsindex. Alle zwei Jahre werden hier die 87 Regionen der Europäischen Union verglichen. Baden-Württemberg ist auf Platz 1 vor Bayern und vor vielen anderen. Da gehören wir auch hin. Wir sind bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung Spitzenreiter auch im Ländervergleich, und in keinem anderen Bundesland arbeiten mehr Beschäftigte in Forschung und Entwicklung.

Wir zeigen, dass wir es können, und wir bleiben dabei nie stehen. Baden-Württemberg als führende Innovationsregion Europas, die den Wohlstand sichert und das Klima schützt: Das ist das richtige Ziel für unser Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Dafür arbeiten wir. Beispiel Hochschulen: Wir haben den Abwärtstrend gestoppt und garantieren den Hochschulen nun Jahr für Jahr einen Aufwuchs in der Finanzierung. Darauf können sich alle Hochschulen verlassen. Und das wird belohnt: Vier von elf Exzellenzuniversitäten Deutschlands sind in Baden-Württemberg angesiedelt. Wir halten den Innovationsmotor zusammen am Laufen.

(Beifall)

Wir haben mit „Start-up BW“ die Start-up-Förderung auf ein neues Level gehoben. Und jetzt wollen wir die internationale Sichtbarkeit erhöhen, um unser Netz der Innovation zu stärken.

Mit dem Cyber Valley haben wir ein Ökosystem der künstlichen Intelligenz geschaffen, das seinesgleichen sucht. Es findet Spitzenforschung statt, und der Transfer in die Wirtschaft wird von uns immer mitgedacht. Darum knüpfen wir als Nächstes mit dem KI-Innovationspark ein festes Band der KI mit dem Mittelstand in unserem Land. So geht Innovation in Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Klar: Die Coronakrise bestimmt auch unsere Wirtschaftspolitik. Und auch nur, weil wir in unserem Land gut gewirtschaftet haben, sind wir jetzt in der Lage, gut zu reagieren.

Wir haben schon im Frühjahr 2020 den Schutzschirm aufgespannt. Es war richtig und wichtig, den besonders betroffenen Branchen – Gastronomie, Kreativwirtschaft, Kultur, Tourismus, Veranstaltungswirtschaft, allen Betroffenen – schnell zu helfen. In guten Verhandlungen mit dem Bund haben wir nun erreicht – der Ministerpräsident und auch alle anderen in der Landesregierung haben sich dafür eingesetzt –, dass der Bund mit seinem ja auch flexibleren Haushalt zur Stelle steht, um diese Wirtschaftskrise abzufedern und uns vor einer Insolvenz-welle zu bewahren.

Uns war immer besonders wichtig, den fiktiven Unternehmerlohn, unser baden-württembergisches Erfolgsmodell, beizubehalten, auch wenn der Bund das leider nicht einsieht. Wir

(Andrea Lindlohr)

wollen nicht, dass die Selbstständigen in unserem Land in Hartz IV müssen.

(Beifall)

Jetzt gibt es aber schon erhebliche Probleme. Die November- und die Dezemberhilfen sind sehr lange nicht ausgezahlt worden. Jetzt sind sie allmählich da. Wir wissen noch immer nicht, wann die Überbrückungshilfe III, die jetzt wichtig ist, beantragt werden kann. Damit können wir nicht zufrieden sein.

Wir müssen jetzt auch dafür sorgen, dass dann, wenn das Insolvenzrecht scharf gestellt wird, die Unternehmen in unserem Land nicht in Probleme geraten, weil zugesagte Hilfen noch nicht da sind – aus dem Grund, dass die Plattform noch nicht programmiert wird. Deswegen sollten wir mit dafür sorgen: keine Insolvenzen dadurch, dass die Hilfen noch nicht da sind. Herr Scholz und Herr Altmaier müssen hier wirklich schneller werden.

(Beifall)

Die Coronakrise zeigt auch, wo wir selbst bei der Digitalisierung schneller werden müssen. Darüber haben wir hier in den letzten Monaten schon öfter gesprochen. Wir sehen jetzt in dieser schweren Krise, die so hart ist für diejenigen, die wirtschaftlich betroffen sind – natürlich ist sie auch hart für diejenigen, die gesundheitlich betroffen sind –, die nicht ihrer gewohnten Geschäftstätigkeit nachgehen können, dass wir Rückstände haben. Wir sehen, dass gerade im Einzelhandel die Situation ganz hart ist. Wir haben Rückstände bei der Digitalisierung, die uns jetzt durch die Coronakrise härter treffen und stärker zutage treten. Hier müssen wir noch schneller werden, liebe Kolleginnen und Kollegen – auch in der Landespolitik.

(Beifall)

Und doch bin ich zuversichtlich, dass wir stark aus dieser Krise kommen können. Invest BW ist ein sehr wichtiger Baustein aus unserem Programm „Zukunftsland Baden-Württemberg“. Viele Unternehmen können nicht mehr so gut investieren. Ihnen gehen die Erträge verloren, und sie stellen ihre Investitionen infrage. Aber wir brauchen natürlich Zukunftsinvestitionen, damit wir wettbewerbsfähig bleiben.

Das Programm deckt die ganze Bandbreite der Zukunftsthemen ab – von der Quantentechnologie bis zur Energiespeicherung. Der Beitrag der geförderten Projekte zu Nachhaltigkeit und Klimaschutz wird dabei konsequent mit zur Grundlage der Förderentscheidung gemacht. Damit ist Invest BW ein Programm für grüne Innovationen – ganz im Sinne des Green Deals, den die Europäische Kommission unter Präsidentin von der Leyen vorgelegt hat –, und das ist gut so.

(Beifall)

Die Unternehmen, die Selbstständigen, die Beschäftigten – sie müssen sich immer wieder neu erfinden. Wir richten unsere Wirtschaftspolitik an den großen Herausforderungen aus. Das ist zum einen die digitale Revolution; sie reicht von einem schnelleren Breitbandausbau bis hin zur durchgreifenden Digitalisierung der wirtschaftlichen Akteure hier in unserem Land.

Dazu gehört auch die ökologische Dimension unseres wirtschaftlichen Handelns. Ohne Ökologie ist Innovation „von gestern“, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mit Ökologie wird sie das Modell für die Zukunft, das die Arbeitsplätze im Land sichert.

(Beifall)

Deswegen ist es klug, dass sich die Unternehmen auch auf diesem Weg bewegen, z. B. im Strategiedialog Automobilwirtschaft, den unser Ministerpräsident eingerichtet hat.

(Abg. Anton Baron AfD: Was ist denn dabei herausgekommen?)

Für unsere Zukunft ist es auch wichtig, dass wir ein weiteres Projekt haben: das „Forum Gesundheitsstandort Baden-Württemberg“. Jetzt in der Coronakrise zeigt sich noch einmal ganz deutlich, wie relevant dieser ganze Sektor für unser Land ist.

Ich bin überzeugt: Der Innovationscampus Rhein-Neckar wird für die Medizin und die Lebenswissenschaften das werden, was das Cyber Valley für die künstliche Intelligenz ist. Wir bündeln die Spitzenforschung, wir bündeln die Breitenforschung und machen sie für die Unternehmen wirtschaftlich nutzbar. Das ist der Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Es gibt viel zu tun für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft und die Zukunft unseres Landes. Es findet ein Strukturwandel statt, und wir müssen die Wende hin zu einem konsequenten Klimaschutz durch Wirtschaften erreichen.

Dazu gehört die Kreislaufwirtschaft. Wir können die Digitalisierung ganz anders nutzen. Das werden wir in den nächsten Jahren angehen, beispielsweise mit einer Digitalisierung unserer Recyclingwirtschaft – ein Erfolgsmodell, für das es viele Akteure in diesem Land gibt, die etwas dazu beitragen können. Recycling braucht nicht mehr zu bedeuten: Wir nehmen die Dinge händisch auseinander. Das ist eine große Chance, bei der die Digitalisierung ökologischen Fortschritt und ein wirtschaftliches Modell der Zukunft bietet. Das wollen wir angehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Dazu gehören auch die Batterie der Zukunft und unsere Wasserstoff-Roadmap, unser Weg, Baden-Württemberg zur Vorzeigeregion für grünen Wasserstoff zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Wir knüpfen das Netz der Innovation immer enger und fester, damit die Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger sowie jene, die es werden wollen, ihre Ideen zu unser aller Wohl verwirklichen können. Dafür arbeitet die grün geführte Landesregierung jeden Tag. Gemeinsam packen wir es an. Wachsen wir über uns hinaus!

Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Weirauch das Wort.

**Abg. Dr. Boris Weirauch SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die baden-württembergische Wirtschaft befindet sich in einer schwierigen, nie da gewesenen Situation. Seit mehr als zehn Monaten befinden wir uns in einem Ausnahmezustand, den wir uns so nicht hätten vorstellen können: geschlossene Geschäfte, ganze Bereiche auf null heruntergefahren, der Handel weltweit eingebrochen, unsichere Perspektiven für ganze Wirtschaftszweige, Druck auf dem Arbeitsmarkt.

Umso wichtiger war es aus meiner Sicht, dass der Bundestag und die Landtage, auch wir hier im Landtag von Baden-Württemberg, damals rasch gehandelt haben und innerhalb kürzester Zeit den finanziellen Rahmen geschaffen haben, um umfangreiche Hilfen zur Verfügung zu stellen, damit wir die Pandemie bekämpfen und deren Folgen so gut wie möglich abmildern können, um die Wirtschaft zu unterstützen und Arbeitsplätze in unserem Land zu sichern.

Die gesamte Gesellschaft ist gefordert, in dieser Situation die Wirtschaft und die Beschäftigten zu unterstützen, damit der Titel der heutigen Aktuellen Debatte auch in Zukunft gilt: „Starke Wirtschaft, starkes Land“. Wir alle wissen aber auch, dass die CDU immer gern so tut, als hätte es etwas mit ihrer Partei zu tun, dass das Land und die Wirtschaft stark sind.

Aber das hat aus meiner Sicht eher einen autosuggestiven Charakter.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was hatten Sie dem entgegengestellt?)

Ich möchte nicht so weit gehen, Ihnen im gleichen Maß Untätigkeit wie im Bereich der Digitalisierung oder geradezu Unfähigkeit wie im Bereich der Bildungspolitik zu unterstellen. Aber seien wir mal ehrlich: Die CDU Baden-Württemberg hat in den vergangenen zehn Jahren wirklich wenig dazu beigetragen, dass dieses Land wirtschaftlich so stark ist.

(Beifall)

Dieser Erfolg – Frau Lindlohr hat gerade gesagt: „Wir haben gut gewirtschaftet, wir sind in der Lage, quasi diese Pandemie mit einem Milliardenprogramm zu unterstützen.“ Sagen wir aber doch mal, wie es wirklich ist: Im Prinzip haben wir diesen Erfolg den Menschen, den vielen fleißigen, kreativen und mutigen Menschen im Land zu verdanken. Nur diese Menschen haben gut gewirtschaftet.

(Beifall – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Weil diese Menschen so gut gewirtschaftet haben, ist dieser Staat in der Lage, diese Pandemie effizient und gut zu bekämpfen – und nicht, weil „wir“ es gut gemacht haben.

(Zuruf)

„Wir“ – damit meinen Sie sich selbst. Genau.

(Zuruf)

Es ist doch vielmehr so, dass die vergangenen Jahre, in denen die CDU das Wirtschaftsressort in diesem Land besetzt hat, nicht besonders ruhmreich waren. Ein paar Beispiele müssen Sie mir erlauben.

Nehmen wir mal das Expo-Desaster. Man kann es gar nicht oft genug sagen: In einer Zeit, in der die Unternehmen in Baden-Württemberg um ihre Existenz kämpfen und der Staat jeden Euro gebrauchen kann, um Beschäftigung zu sichern, ist es umso bitterer, dass zeitgleich im Rahmen eines politischen Himmelfahrtskommandos 15 Millionen € Steuergelder am Persischen Golf versenkt werden, weil eine Ministerin gemeinsam mit neuen und alten CDU-Seilschaften durch Vertragsverhandlungen rund um die Errichtung des Landespavillons auf der Expo in Dubai dilettiert und das Land dadurch voll in die Haftung rutscht.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Winfried Mack CDU: Und die Wirtschaftspolitik der SPD?)

Aber auch bei den Coronahilfen und bei weiteren Programmen im Bereich des Wirtschaftsministeriums läuft es alles andere als rund. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer – das hatten Sie eben schon erwähnt – in Baden-Württemberg warten seit Monaten auf die Unterstützung, die ihnen zugesagt wurde. Erst am Montag wurde in den „Stuttgarter Nachrichten“ publiziert – Originalüberschrift –:

*Im Land bleiben Tausende Anträge auf Coronahilfe liegen*

Ich sage Ihnen was: Den Betroffenen im Land ist es völlig egal, ob letzten Endes Ihr Parteifreund Peter Altmaier verantwortlich ist oder die hiesige Wirtschaftsministerin Hoffmeister-Kraut oder sie beide zusammen.

(Zurufe)

Das spielt für die Leute draußen im Land keine Rolle. Die Gelder, die Bundestag und Landtag vor längerer Zeit zur Verfügung gestellt haben, müssen endlich da ankommen, wo sie dringend gebraucht werden. Die Unternehmen brauchen jetzt Hilfe und nicht im Frühjahr.

(Beifall)

Immerhin kann man bei den Coronahilfen mittlerweile Anträge stellen. Bei der Digitalisierungsprämie ist noch immer nicht mal das möglich. Sie war mal eine Zeit lang in Kraft, dann war sie wieder außer Kraft, dann hat man angekündigt, sie wieder in Kraft zu setzen. Ein Jahr lang ist nichts passiert. Niemand konnte diese Digitalisierungsprämie in Baden-Württemberg beantragen. Die Wirtschaftsministerin hat es euphemistisch als „technische Pause“ tituliert. Im Prinzip war es so, dass das Geld einfach alle war.

Jetzt wurde wieder Geld bereitgestellt. Die Anträge können aber noch immer nicht gestellt werden. Es liegen jetzt 50 Millionen € auf der Bank, die darauf warten, dass sie abgeholt werden. Ich würde Sie bitten, dass Sie an dieser Stelle einfach mal ein bisschen Tempo reinbringen, damit den Start-ups oder den Unternehmen, die sich mit der Digitalisierung beschäftigen, endlich Unterstützung zuteilwerden kann.

(Beifall)

Das alles muss man eben wissen, wenn die CDU heute die Aktuelle Debatte mit dem Titel „Starke Wirtschaft, starkes Land – durch Invest BW mit Schub sicher aus der Krise“ beantragt.

(Dr. Boris Weirauch)

Jetzt kann man sagen: „Okay, die CDU-Landtagsfraktion möchte eine angeschlagene Ministerin stützen.“ – Geschenkt. Aber die Themenwahl zeigt doch einmal mehr, dass Sie den Ernst der Lage nicht erkannt haben. Denn wer glaubt, ein einziges Programm würde uns und die baden-württembergische Wirtschaft aus der Krise führen, der irrt gewaltig. Denn aus der Krise kommen wir nur durch eine Vielzahl von Maßnahmen und auch nur dann, wenn die versprochenen Hilfen tatsächlich dort ankommen, wo sie in diesem Land benötigt werden.

Ob Unterstützung durch Invest BW ankommt, können wir noch nicht sagen; das Programm läuft erst seit einigen Tagen. Wir hatten uns damals, als wir in den Haushaltsberatungen das Geld dafür eingestellt haben, gewünscht, dass Sie da eine transparentere Haushaltsaufstellung machen, dass man im Prinzip weiß, was damals geplant wurde und wie man das Geld entsprechend verwenden wird. Aber Invest BW – das muss man sagen – enthält tatsächlich gute Ansätze.

Ein Punkt ist besonders zu erwähnen: Auch der Beschäftigungsaspekt findet endlich Berücksichtigung in den Hilfsprogrammen des Landes. Wir haben beim Beteiligungsfonds zuletzt darüber gesprochen. Wenn man genau hinsieht, kann man zumindest mal eine kleine Lernkurve erkennen. Die Hoffnung stirbt zuletzt, das ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Aber die CDU verkennt – das muss man sagen –: Allein Invest BW ist nicht der Garant dafür, dass wir sicher und schnell aus dieser Krise herauskommen. Wir brauchen in diesem Land – das ist zumindest die Position der SPD – wieder eine Rückkehr zu einer aktiven Industrie- und Strukturpolitik, wie sie dieses Land einmal hatte.

Eine Lehre aus dieser Krise ist auch, dass von Landesseite gerade in den Bereichen Digitalisierung und Mobilität wesentlich mehr Impulse gesetzt und Innovationen gefördert werden müssen, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war.

(Beifall)

Dazu gehören auch ein flächendeckender Breitbandausbau und ein Mobilfunknetz ohne Lücken. Da hat Baden-Württemberg noch erheblichen Nachholbedarf. Da ist in den letzten Jahren einfach definitiv zu wenig geschehen.

(Zuruf)

Wir haben bereits darüber diskutiert: Baden-Württemberg steht nach der Studie des Bundesverkehrsministeriums gerade bei der Topversorgung, bei der industriellen Versorgung in Bezug auf den Breitbandausbau auf dem letzten Platz.

(Zuruf)

Auf dem letzten Platz ist Baden-Württemberg!

Das Land und die Wirtschaft haben – das wurde durch die Pandemie noch einmal richtig deutlich – einen Transformationsprozess zu bewältigen, der anspruchsvoller ist als alles andere, was die baden-württembergische Wirtschaft bisher zu bewältigen hatte.

In wenigen Wochen entscheiden die Wählerinnen und Wähler, wer künftig Verantwortung in unserem Land tragen soll. Wir werden dann sehen, ob die CDU die Chance bekommt,

ihre Lernkurve in der Regierung zu steigern. Im Sinne des Landes wäre es sicher besser, wenn dies nicht der Fall wäre.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall – Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Abg. Wolle.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Corona hat nicht nur hinsichtlich gesundheitlicher Implikationen einige Maßstäbe ins Wanken gebracht. So wird inzwischen im Zusammenhang mit Staatsausgaben der Begriff „Millionen“ durch „Milliarden“ ersetzt. Stritt man früher um Millionenbeträge, so verkündet man heute in Bund und Land fast im täglichen Rhythmus immer wieder neue Milliardenprogramme zur Beruhigung der Bevölkerung.

(Zuruf: Lauter!)

Woher das Geld kommt, ist nicht klar; es ist auf einmal da. Im Vergleich dazu sind 300 Millionen €, die das Land über Invest BW zur Verfügung stellt – um den früheren Vorstandssprecher der Deutschen Bank Hilmar Kopper zu zitieren –, schon fast „Peanuts“.

Aber, meine Damen und Herren, hier wird viel Geld, sehr viel Geld in die Hand genommen, Steuergeld, das noch unsere Kinder und Enkel werden aufbringen müssen. Deshalb wird jetzt auch schon die Diskussion über eine Aufhebung der Schuldenbremse eröffnet.

Wozu sollen die 300 Millionen € von Invest BW dienen? In der Präambel der Verwaltungsvorschrift des Programms heißt es:

*Die weltweit dynamische Ausbreitung des Coronavirus ... hat auch Deutschland und Baden-Württemberg schwer getroffen und zu einer wirtschaftlich bedrohlichen Ausnahmesituation geführt.*

Doch nicht nur die Ausbreitung des Virus selbst, vor allem auch der Umgang der Bundes-, aber auch der Landesregierung mit dem Virus hat zu dieser wirtschaftlich bedrohlichen Ausnahmesituation geführt.

Der von Beginn an zu verzeichnende, fast schon abenteuerliche Dilettantismus im Umgang mit der Krise ist mit der Hauptgrund für die aktuellen Probleme der Wirtschaft.

(Beifall)

Dieser Dilettantismus begann nicht erst mit Corona. Die höchsten Energiepreise der Welt, eine der höchsten Steuerbelastungen, ausufernde Bürokratie und vor allem ideologisch motivierte Eingriffe in das Marktgeschehen ließen die Unternehmen bereits vorgeschädigt in die Coronakrise eintreten.

Die Automobil- und Zulieferindustrie – die Wohlstandsbranche hier im Land, die unseren Wohlstand garantiert – wurde schon vor Corona faktisch zur Disposition gestellt.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf)

Grenzwerte, Fahrverbote, CO<sub>2</sub>-Bepreisung und die Verteufelung des Verbrennungsmotors gefährdeten schon vor Corona

(Carola Wolle)

diese wichtige Schlüsselbranche. Die Unternehmen taumelten also in die Coronakrise. Und dort wurden sie erneut von dieser Politik ihres Landes im Stich gelassen.

Nun soll Invest BW alles richten. In der Verwaltungsvorschrift heißt es:

*Mit dem Förderprogramm Invest BW soll die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Land gestärkt und zugleich die Unternehmen bei ihren Investitionsanstrengungen konsequent unterstützt werden.*

Wie der Name Invest BW nahelegt, geht es dabei um die Förderung von Investitionen in verschiedene Zukunftstechnologien. Doch wem wird denn da konkret geholfen? Welche Unternehmen im Land sind es, die am meisten unter der Lockdown-Lockerungsachterbahn gelitten haben und noch heute leiden, meine Damen und Herren?

Laut einer Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags sehen sich derzeit bundesweit 5 % der Unternehmen insolvenzgefährdet. 33 % der kreativ-künstlerischen Branche, 33 % der Reisevermittler, 27 % der Textilbetriebe und 20 % der Unternehmen aus der Gastronomie stehen kurz vor einer Pleite. Was hat Invest BW diesen mittelständischen Unternehmen als Lösung anzubieten?

(Abg. Anton Baron AfD: Nichts!)

Welche Investitionen planen beispielsweise Friseure, Reisevermittler, Eventmanager, Restaurantbesitzer und Hoteliers zur Überwindung dieser Coronakrise? Keine, meine sehr verehrten Damen und Herren, keine! Diese brauchen keine Förderung von Investitionen, sondern schlichtweg wieder die Freiheit, ihrem Gewerbe nachgehen zu können.

(Beifall)

Viele von ihnen haben im Glauben an und im Vertrauen auf die Kompetenz dieser Landesregierung investiert – nämlich in den Infektionsschutz ihrer Kunden. Das sind Investitionen und damit Kosten, die sich so lange nicht amortisieren können, solange diese Betriebe über Wochen und Monate zugesperrt sind und auch weiterhin bleiben. Während die laufenden Kosten bezahlt werden müssen, warten die Unternehmen bis heute auf die November-, Dezember-, Januar- und bald auch Februarhilfe.

(Zuruf)

Daher frage ich noch einmal: Was bringen diese Aktivitäten den am stärksten betroffenen Unternehmen? Was bringen diese 300 Millionen € von Invest BW? Nichts. Diese Unternehmen sind damit nun erneut auf der Verliererseite. Die Politik hat diese Branchen offenbar einfach vergessen.

Schon kursieren erste Gedanken, die zukünftig leer stehenden Ladenflächen in den Innenstädten in Wohnraum umzuwandeln. Das wird uns dann wahrscheinlich noch als gelungene Maßnahme gegen die aktuelle Wohnungsnot verkauft.

Ohne Zweifel profitieren auch einige Unternehmen von Invest BW; Firmen mit Liquiditätsengpässen oder schmelzendem Eigenkapital können ihre Wettbewerbsfähigkeit auf diese Weise erhalten. Und ja, 300 Millionen € direkt frisch aus der Druckerpresse fördern natürlich die gesamte Nachfrage

im Land, und das kommt letztendlich irgendwann auch beim Wirt, beim Friseur oder im Fitnessstudio an – sofern diese Betriebe dann noch existieren, meine Damen und Herren. Oder warten Sie gar mit der Auszahlung der Hilfeleistungen, bis diese insolvent sind und damit keinen Anspruch auf diese Hilfeleistungen mehr haben?

Die USA, China, Japan und Südkorea sind in Zukunftstechnologien führend. Wir sind weit abgeschlagen. Daher sind Innovationen, wie sie Invest BW anstoßen will, ganz unabhängig von Corona schon lange überfällig.

(Beifall)

Trotz immer neuer Jubelfanfare über Breitbandbescheide ist Baden-Württemberg in Sachen Digitalisierung noch immer Entwicklungsland. Während die „Telekom“ Spanien auf Mallorca jedem Fincabesitzer für einen monatlichen Beitrag von nicht einmal 30 € eine Glasfaserleitung legt, warten die Bürger im ländlichen Raum noch immer auf einen entsprechenden Anschluss.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Mallorca als Vorbild? So ein Quatsch!)

Nicht anders sieht es im Bereich „Mobilität und Verkehr“ aus.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: Mallorca ist also Ihr Referenzpunkt! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Die AfD hat dazu ein innovatives Verkehrskonzept entwickelt, welches neben dem Ausbau des Autobahn- und Schienennetzes

(Zurufe, u. a. des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

auch die Wiederaufnahme des – –

(Unruhe)

– Hören Sie doch mal auf, dazwischenzuquatschen!

(Heiterkeit – Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Moment! – Frau Abg. Wolle, warten Sie bitte.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Wenn man nicht mal mit Mallorca konkurrieren kann – ich würde mich da schämen.

(Heiterkeit – Beifall – Unruhe)

Ich fange noch mal an: Die AfD hat inzwischen ein innovatives – –

(Lebhafte Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Wolle, warten Sie bitte. – Meine Damen und Herren, ich bitte Sie alle um mehr Ruhe – auch die AfD-Fraktion. Sie sollten ja ein Interesse daran haben, dass man Ihrer Rednerin zuhört.

(Zurufe, u. a.: Das haben wir!)

Frau Abg. Wolle hat das Wort.

(Zurufe)

**Abg. Carola Wolle** AfD: Die AfD-Fraktion hat hierzu ein innovatives Verkehrskonzept entwickelt, welches neben dem Ausbau des Autobahn- und Schienennetzes auch die Wiederaufnahme des Projekts Transrapid und ein unterirdisches Warentransportsystem nach dem Schweizer Vorbild Cargo sous terrain vorsieht, meine Damen und Herren.

(Die Rednerin hält eine Broschüre hoch.)

Das können Sie hier nachlesen.

Wenn wir wirtschaftlich in der ersten Liga mitspielen wollen, müssen wir hier im Land sowohl für die Unternehmen als auch für die Bevölkerung passende Bedingungen für Leben und Beruf bieten. Dazu gehören insbesondere innovative digitale und verkehrskonzeptionelle Lösungen sowie deren Umsetzung, meine Damen und Herren. Schlafen können wir morgen.

(Beifall)

Für diese wirklich innovativen Projekte wird aber deutlich mehr als die 300 Millionen € von Invest BW benötigt, Geld, das nun zur Reparatur der selbst verschuldeten Coronakrise benötigt wird, statt in die Zukunft unseres Landes investiert zu werden.

Invest BW ist im Grunde ein guter Ansatz zum Wiederanfahren der Wirtschaft nach der Coronakrise. Doch ein großer Schub, geschweige denn ein „Wumms“, wie es im Bund genannt wird, ist mit 300 Millionen € nicht zu erwarten. Hier müssen größere Kaliber aufgefahren werden. Dabei dürfen die vielen kleinen und mittleren Unternehmen, die unverschuldet die Hauptlast der Coronastrategie tragen, nicht im Regen stehen gelassen werden. Und – ach ja – das versprochene Geld sollte auch endlich ankommen.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Reinhart, es hat relativ lange gedauert, bis Ihnen etwas zu unserem Geschäftsordnungsantrag eingefallen ist.

(Heiterkeit)

Ihre Begründung ist aber schon bemerkenswert. Sie sagen: „Eigentlich ist es gar nicht notwendig, den Landtag von Baden-Württemberg zu informieren; denn es wurde letzte Woche schon alles gesagt.“ Weshalb gibt es dann heute Nachmittag den Pressetermin der Regierung, bei dem die Bevölkerung informiert wird?

(Beifall)

Es ist doch erkennbar, dass das Parlament übergangen wird, um das Thema für den Wahlkampf zu missbrauchen.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Das ist am heutigen Morgen erkennbar geworden.

(Beifall)

Nun aber zu Ihrer eigentlichen Debatte zu Invest BW, zu den direkten Zuschüssen in einer Größenordnung von 300 oder 350 Millionen € für Zukunftsaufgaben mit einer erhofften Hebelwirkung.

Sie haben die Mittel, für die das Land Baden-Württemberg im Jahr 2020 erhebliche Schulden aufgenommen hat, angeblich für lauter Zukunftsaufgaben vorgesehen. Nur: Diese Zukunftsaufgaben funktionieren bisher eher schleppend. Der Start von Invest BW, durch das Fördermittel in einer Größenordnung zwischen 2 000 € und 1 Million € ermöglicht werden, war der 15. Januar. Das ist verdächtig pünktlich zum Wahlkampfauftritt am 15. Januar.

(Zuruf: Hört, hört!)

Wenn ich mir aber anschau, wie das mit den Novemberhilfen oder manch anderem funktioniert hat oder nicht funktioniert hat, habe ich die Befürchtung für Sie, Herr Kollege Reinhart, dass bis zur Wahl nichts mehr fließt, weil der bürokratische Schwergang bei diesen Programmen erkennbar ist. Es gibt also längst noch keinen Anlass, hier Erfolge zu feiern – siehe Novemberhilfen.

Ich fürchte auch, dass es so, wie das Programm konstruiert ist, den einen oder anderen Mitnahmeeffekt geben wird. Unklar ist, ob hier zielgerichtet gefördert wird oder „mit der Gießkanne“. Es ist natürlich auch relativ einfach, zu sagen: Wir schaffen da eine Haushaltsrücklage für Zukunftsaufgaben und definieren im Grunde Zukunft durch Schulden. Denn Zukunft ist natürlich auch das, was wir künftigen Generationen aufbürden, die das Ganze dann wieder abzutragen haben.

In Ihrer Rede hat gefehlt, Herr Kollege Reinhart, dass Sie darauf eingegangen sind, wie wir die Schulden wieder zurückführen.

(Zuruf)

Es gibt in Ihrem Programm „Zukunftsland Baden-Württemberg“ bemerkenswerte Dinge. Darin kommen Themen vor wie Holzbau, „Digitale Justiz“ und Batteriespeicher. Es scheint doch sehr so zu sein, dass es sich um Stillhalteprämien für andere Ministerien handelt, die auch ein bisschen Zukunft über Schulden machen wollen.

(Beifall)

Insgesamt würden wir uns wünschen, Herr Kollege Reinhart, dass bei der Thematik Zukunft nicht so viel über die Krise und die Finanzierung der Krise geredet wird und im Grunde der Blick nach vorn nicht heißt: „Wir haben noch jahrelang Krise und werden jahrelang diese Krise über Schulden finanzieren“, sondern dass diese Regierung endlich auch einmal Konzepte dazu vorlegt, wie sie nach der Krise die Gesellschaft und die Wirtschaft wieder öffnen will.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Eine Dauerkrise!)

Das würden wir uns wünschen, meine Damen und Herren, und nicht diese widersprüchliche Politik, Herr Ministerpräsident Kretschmann, die einerseits erklärt: „Jetzt können wir die Schulen wieder öffnen,“ – wir befürworten das ja – „weil die Inzidenzen gesunken sind“, andererseits aber die Ausgangs-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

sperren beibehält, weil die Inzidenzen zu hoch seien. Das ist eine widersprüchliche Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Diese charakterisiert Ihr gesamtes Regierungshandeln.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige von A bis Z! Es ist ja eigentlich eine Satireveranstaltung, die hier stattfindet,

(Zurufe, u. a.: Ja! Von Ihnen! – Das ist wohl wahr!)

wenn man von Wirtschaftsförderung redet und gleichzeitig die ganze Wirtschaft erst mal in Schutt und Asche legt und an die Wand fährt, dann aber meint, sich mit einzelnen Millionen THC-Drops ein gutes Gefühl zu verleihen.

Wenn ein Herr Rülke hier beklagt, das Parlament wäre nicht beteiligt gewesen, dann muss man darauf hinweisen, dass er selbst maßgeblich an der Selbstentmannung dieses Parlaments mitbeteiligt ist – was ja auch die Probleme an der gesamten Konstruktion unseres Staates aufwirft, dass es hier sozusagen ein einheitliches Vorgehen der Legislative über die Blockparteien gibt, ein verbrecherisches oder die Menschen schädigendes Handeln der Exekutive unter Beihilfe einer sich ebenfalls gleichmachenden Legislative.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich darf Sie darum bitten, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen. Hier ist niemand verbrecherisch unterwegs. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Also, mit Verlaub, Frau Präsident: Das ist mein Eindruck. Ich habe hier als Abgeordneter das Recht,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

diesem meinem Eindruck auch Ausdruck zu verleihen. Sie sind hier nicht der Zensor dessen, was ich hier sage,

(Zurufe, u. a.: Auch der Dummheit verleihen Sie Ausdruck! – Frau Präsidentin!)

weil wir hier eine wirklich abschießende Bahn haben.

Wir haben ja heute diesen Gedenktag. Dieser Gedenktag soll Anlass geben: „Nie wieder!“

(Zuruf: Wir brauchen Sie nicht für diesen Gedenktag!)

Wir sehen, wie unser Land vernichtet wird und wie die Wirtschaft vernichtet wird, wie Menschen in die Pleite getrieben werden – in unserem Land, aber auch international.

Deswegen ist es höchste Zeit, dass das Volk, unser deutsches Volk, sich auf das Grundgesetz bezieht – Artikel 20 Absatz 4

– und aufsteht, Widerstand leistet gegen das, was hier geschieht, gegen einen Staatsstreich seitens der Regierung, seitens eines sich gleichgeschaltet habenden Parlaments und seitens einer Judikative, die nur noch die Handlungen der Regierung bestätigt.

(Vereinzel Beifall – Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir sollten uns heute wirklich mit der Zukunft beschäftigen, mit dem, was jede einzelne Bürgerin und jeden einzelnen Bürger in Baden-Württemberg bewegt, und das sind die Sorgen um ihren Arbeitsplatz, das sind die Sorgen um die Zukunft unseres Landes, um die wirtschaftliche Entwicklung, um den Wohlstand, den wir in Baden-Württemberg haben – und der soll auch heute im Mittelpunkt stehen.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]:  
Dann hören Sie mit dem Corona-Unsinn auf!)

Sie alle kennen die Zahlen, Sie alle kennen die Fakten, Sie alle kennen die Entwicklungen. Die Coronapandemie hat uns nach wie vor noch fest im Griff.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist die Ausrede!)

Die für zahlreiche Unternehmen im Land notwendigen Einschränkungen jetzt im Zuge der zweiten Infektionswelle sind – das ist uns durchaus bekannt und bewusst – mit enormen Belastungen verbunden. Viele Unternehmen in den direkt und indirekt betroffenen Branchen bringen die Schließungen und Begrenzungen erneut in eine existenzielle Not,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das tun Sie!)

oder sie verschärfen die schon vorher dramatische Lage.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie sind verantwortlich!)

Auch wenn sich die Situation in der Industrie doch um einiges stabiler darstellt als im vergangenen Frühjahr, zu Beginn der Pandemie in Deutschland, müssen wir von einer wieder abgeschwächten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ausgehen. Darauf müssen wir reagieren, und darauf brauchen wir die richtigen Antworten, und die haben wir hier im Land, in Baden-Württemberg.

(Abg. Anton Baron AfD: Öffnen Sie wieder Hotellerie und Gastronomie!)

Wir nehmen unser Schicksal selbst in die Hand. Wir stellen attraktive Zukunftsprogramme auf, die unser Land nachhaltig stärken werden.

(Beifall)

Der ifo-Geschäftsklimaindex für Januar zeigt wieder einen Rückgang. Die für 2021 erhoffte schnelle wirtschaftliche Erholung wird sich verzögern. Bundeswirtschaftsminister Alt-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

maier stellt heute den Jahreswirtschaftsbericht vor. Man ging ursprünglich von einem Wachstum von 4,4 % aus. Jetzt erfolgt eine Reduzierung des prognostizierten Wachstums auf 3 %. Im letzten Jahr hatten wir bundesweit einen Rückgang um 5 %. Das sind die unmittelbaren dramatischen Folgen der Coronapandemie.

Und wir befinden uns natürlich – das haben wir hier in diesem Saal auch schon oft diskutiert – mitten in einem Strukturwandel. Branchenübergreifend hat der Einsatz digitaler Technologien und digitaler Geschäftsmodelle gerade jetzt in dieser schwierigen Zeit einen ungeheuren Schub erfahren. Das Tempo der Veränderungen durch die Digitalisierung und die Umstellung auf alternative Antriebe hat sich noch einmal deutlich erhöht.

Mehr denn je ist es eben genau jetzt wichtig, die sich im Zuge der digitalen, der ökologischen und der automobilen Transformation bietenden Möglichkeiten für unsere Unternehmen in Baden-Württemberg, für neue Produkte und neue Dienstleistungen zu nutzen und den Wandel aktiv zu gestalten. Das ist das, was uns leitet.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Ja, bitte, Herr Baron.

**Abg. Anton Baron** AfD: Frau Ministerin, vielen Dank für das Zulassen der Frage. Ich muss mich dafür ja inzwischen schon bedanken, weil wir da immer wieder ausgegrenzt werden.

(Zurufe)

Aber jetzt tatsächlich zur Frage:

Frau Ministerin, ich hatte ja schon letztes Mal bei Herrn Dr. Reinhart gefragt: Sind Ihnen Zahlen aus dem letzten Jahr bekannt, wie viele Infektionen es beispielsweise in den Friseursalons gab?

Darüber hinaus möchte ich Sie fragen: Finden Sie es verständlich, dass man den Einzelhandel schließt, wo man beispielsweise Klamotten kaufen kann, während andere wie Rossmann oder Lidl weiterhin Mode usw. verkaufen dürfen? Verstehen Sie, dass sich da natürlich viele Einzelhändler aufregen und die Kunden auch wegbleiben? Bei den Blumenläden ist es genau das Gleiche.

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Herr Baron, Sie haben hier im Parlament direkt mitverfolgt, wie das Land und auch der Bund auf die Pandemie reagiert haben. Wir hatten im November den Teil-Lockdown im vollen Bewusstsein, was das für den stationären Einzelhandel, für die Friseure, für die Kosmetikbranche, für die Fitnessbranche, für die Schausteller, für die Reisewirtschaft, für die Messebetriebe, für die ganze Veranstaltungsbranche bedeutet.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Alles dicht machen!)

Wir haben das sehr wohl im Blick, wenn wir die Entscheidungen treffen. Die Entscheidungen sind natürlich schwer abzuwägen. Gesundheitsschutz ist im Moment oberstes Gebot.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Nein, die Freiheit!)

Sie sehen, die Todeszahlen sind nach wie vor auf einem hohen Niveau. Wir dürfen die Menschen in dieser Situation nicht alleinlassen. Wir haben großzügige Hilfsprogramme auf den Weg gebracht, um die Betriebe, die besonderer Härte und auch Schließungen unterliegen, finanziell zu unterstützen.

Ich möchte jetzt etwas klarstellen: Die Novemberhilfe wurde vielfach angesprochen. Es wurden 8 227 Anträge gestellt; bis zu 5 000 € können ja direkt beantragt werden. Diese wurden sofort ausbezahlt. Wir haben jetzt insgesamt 41 306 Anträge. 14 834 haben wir schon ausbezahlt. Die Restauszahlungen sind erfolgt. 47 % dieser Restanträge sind von den direkt ausbezahlten abgezogen. Wir liegen im Ländervergleich hier bundesweit an zweiter Stelle hinter Bayern, was die Auszahlungsmenge angeht. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich hier wirklich sehr stark in solch einer Notsituation einbringen, wo wirklich alle gefragt sind, und großen Einsatz bringen – viele schon seit März letzten Jahres –, geben hier ihr Bestes. Sie sehen, dass die Zahlen überzeugen.

(Beifall – Zurufe)

Wir stecken mitten in der Krise. Die Rückkehr zur Normalität liegt noch in weiter Ferne. Bis jetzt ist es uns mit diesen staatlichen Stützungsmaßnahmen gelungen, eine Insolvenz- und Entlassungswelle zu verhindern. Frau Wolle, Sie haben Hotellerie und Gastronomie angesprochen. Wir, das Land, haben zahlreiche eigene Landesprogramme auf den Weg gebracht, die auch in der Abwicklung und Auszahlung hervorragend umgesetzt worden sind. Wir konnten hier auch direkt auf die Bedürfnisse der baden-württembergischen Betriebe eingehen. Ich möchte Hotellerie und Gastronomie nennen, die Stabilisierungshilfe, aber auch die Schausteller, die Busbranche, die Vereine, die Kultur.

Wir, das Land Baden-Württemberg, haben viele eigene Landesprogramme auf den Weg gebracht. Da möchte ich mich nochmals bedanken. Wir konnten über die Soforthilfe, die wir im März/April erweitert und ergänzt haben um den fiktiven Unternehmerlohn – da hat das Parlament, da haben Sie uns die Mittel zur Verfügung gestellt –, schnell reagieren, und wir konnten hier viele Unternehmen unterstützen und haben da auch viel positives Feedback bekommen.

Natürlich – das ist uns auch klar – kann man nicht jeden Einzelnen erreichen. Es wird immer einzelne Betriebe und Unternehmen geben, die in dieser schwierigen Zeit vor großen Herausforderungen stehen. Aber wir haben über die Programme des Landes, die wir auf den Weg gebracht haben, hier einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet.

Wirtschaftspolitik in Zeiten von Corona darf sich aber – das ist jetzt der zentrale Punkt unserer heutigen Debatte – nicht nur auf Insolvenzvermeidung konzentrieren; denn neben den coronabedingten konjunkturellen Schwierigkeiten müssen wir die strukturellen Herausforderungen weiter im Blick behalten. Insbesondere die mittelständischen Unternehmen in unserem Land kommen immer mehr an die Grenzen ihrer finanziellen Möglichkeiten, um weiter in Zukunftstechnologien investieren zu können. Ich habe die Zahlen genannt. Der Wirtschaftseinbruch im letzten Jahr hat natürlich direkte Auswirkungen auf die Betriebe. Zahlreiche Unternehmen haben jetzt

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

im Rahmen der Pandemie auch kurzfristig in Digitalisierung investiert, aber kommen nach und nach eben an ihre Grenzen. Der Strukturwandel hat derzeit bei vielen Unternehmen das Nachsehen.

Deswegen sind auch wir seitens der Politik gefragt, im Land eine Politik für Baden-Württemberg zu machen, die Wachstum und Technologie fördert und unterstützt.

Lieber Herr Weirauch, als ich ins Amt kam, hat Wirtschaftspolitik im Land Baden-Württemberg nicht stattgefunden.

(Beifall – Lachen – Widerspruch – Lebhaftes Zurufe)

Ich muss mich schon sehr wundern, wie Sie sich hier aufplustern.

(Zurufe – Lebhaftes Unruhe)

Herr Weirauch, Sie sind der Wirtschaftspolitiker der SPD. Von den zahlreichen Initiativen und Programmen, die wir auf den Weg gebracht haben, nenne ich nur folgende: Stichwort „Künstliche Intelligenz“. Wo war denn da die Anwendungsorientierung? Die hatten Sie überhaupt nicht im Blick. Wir haben Fraunhofer jetzt angebunden, und jetzt findet die Transformation statt, der Wissenstransfer in die Wirtschaft. Was haben Sie mit den Gründerinnen und Gründern gemacht? Stichwort „Start-up-Initiative“. Die haben sich überhaupt nicht gehört gefühlt. Was haben Sie mit dem Handwerk gemacht? Stichwort Meisterprämie.

(Zurufe)

Also, es sind viele Programme und Maßnahmen, die wir jetzt aufs Gleis gesetzt haben, in enger Abstimmung mit der Wirtschaft für die Wirtschaft. Die Wirtschaft ist hier auch eng eingebunden, und wir konnten wirklich viel für unser Land bewegen.

(Beifall – Zurufe – Unruhe)

Die „Digitalisierungsprämie Plus“, der Innovationspark KI, der jetzt zusätzlich zu der Initiative von Fraunhofer noch ins Leben gerufen wird, all dies wird wesentlich dazu beitragen, dass künstliche Intelligenz auch in Baden-Württemberg für Wertschöpfung sorgt. Das muss unser Ziel sein – nicht, dass es nur an anderen Orten entsteht. Da haben wir jetzt einen wichtigen Schritt nach vorn getan. Wir werden 50 Millionen € zur Verfügung stellen. Das Verfahren läuft auf Hochtouren. Ende der Woche kommen hier die Konzepte herein, und die werden auch einen wichtigen Schritt nach vorn bedeuten.

Zum Breitbandausbau: Wir haben jetzt 1 Milliarde € für den Breitbandausbau zur Verfügung gestellt. Das ist ein Vielfaches des Betrags, der in der Vorgängerlegislatur hierfür ausgegeben worden ist. Ich möchte nur einmal deutlich machen: Schon damals war klar, was die Digitalisierung für unser Land bedeutet. Richtig Schwung hat dies erst bekommen, seit Thomas Strobl sich als Digitalisierungsminister hier auch dafür einsetzt.

(Beifall – Zurufe)

– Ja! – Die Zahlen liegen Ihnen vor.

(Zurufe)

Die Zahlen liegen auf dem Tisch, und Fakten überzeugen noch immer

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

die meisten Menschen in diesem Land.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Ministerin, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Reich-Gutjahr zu?

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Ja. Sehr gern.

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Vielen Dank für das Zulassen der Frage. – Frau Ministerin, was rechnen Sie denn, wie viele Unternehmen etwa von diesem Programm Gebrauch machen? Da gibt es ja wahrscheinlich Abschätzungen auch im Hinblick auf die Frage, wie stark – auch aus den Erfahrungen der Vergangenheit heraus – auch die kleinen Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern sich tatsächlich auf den Weg machen, solche Mittel zu beantragen.

Zweite Frage: Es gibt ja Kriterien zum Thema Nachhaltigkeit, die da aufgesetzt worden sind. Wer wird denn beurteilen, ob diese Voraussetzungen gegeben sind? Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie noch etwas zum rein formalen Abwicklungsprozess und zu den Zahlen sagen würden.

**Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut:** Vielen Dank. Sie meinen jetzt Invest BW?

(Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Ja! Invest BW!)

Darauf bin ich ja noch gar nicht zu sprechen gekommen. Das mache ich aber jetzt gleich sehr gern. Aber mir war Ihre Frage natürlich auch wichtig, liebe Frau Reich-Gutjahr.

Also, wir haben ja über den Finanzausschuss jetzt in der ersten Tranche 150 Millionen € zur Verfügung gestellt bekommen. Das ist Ihnen allen auch bekannt. Das Programm ist offen gestaltet, technologie- und branchenoffen sowie auch offen, was die Unternehmensgröße betrifft. Wir haben auch eine Staffelung nach Unternehmensgröße bezüglich der Fördersätze bei der Innovationsförderung; die kleineren Betriebe bekommen im besten Fall bis zu 80 % der Innovationskosten, für die sie dann einen Antrag stellen. Das hängt auch eng mit dem Beihilferecht zusammen.

Ich kann Ihnen nur sagen: Wir können schon jetzt aufgrund der eingegangenen Anträge und auch der Fragen, die gestellt worden sind, ein großes Interesse vermelden. Darüber freuen wir uns. Es wurden bei Invest BW schon fünf Anträge für die Zukunftsinvestitionen eingereicht, bei dem Innovationsprogramm gibt es mit Beginn 15. Januar nun auch schon einen Antrag. Sie wissen, dass hier schon ein gewisser zeitlicher Vorlauf notwendig ist. Sie sehen also: großes Interesse.

Wir haben den Projektträger VDI/VDE Innovation + Technik GmbH engagiert, der die operative Umsetzung dann gewährleistet und vollzieht. Es ist ein sehr erfahrener Projektträger, der auch die ZIM-Projekte des Bundes abwickelt und hier sehr viel Know-how einbringt.

Wir werden die unterschiedlichen Kriterien natürlich auf der Basis der Anträge entsprechend gewichten. Die Gewichtung

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

gen liegen auch schon vor, Stichwort „Nachhaltigkeit bei Investitionen bis zu 10 %“. Dann gibt es noch die volkswirtschaftliche Bedeutung für das Programm oder für das Projekt, das beantragt worden ist, die dann ebenfalls Berücksichtigung findet. Wir können uns gern über die Details noch intensiv auseinandersetzen.

Vielen Dank, Frau Reich-Gutjahr.

Kreativität und Innovationskraft, das muss auch die Wirtschaftspolitik des Landes Baden-Württemberg sein. Denn nur so können wir im weltweiten Wettbewerb bestehen.

Lieber Herr Weirauch, Ihnen sollte bekannt sein, dass Baden-Württemberg ein Exportland ist. Die Betriebe in unserem Land hängen vom Export ab. Deswegen sind natürlich außenwirtschaftliche Maßnahmen ganz entscheidend.

(Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Man muss es aber richtig machen!)

Wir alle gehen davon aus – so war auch die Rückmeldung, die ich bekomme, bei den Gesprächen, die ich führe –, dass die Expo im Herbst des nächsten Jahres eine große Chance für die baden-württembergische Wirtschaft darstellen wird – die wir ihr jetzt auch geben. Ich bitte Sie, diese zu unterstützen und nicht immer zu torpedieren und schlechtzureden.

(Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

– Herr Weirauch, das hilft der Wirtschaft in Baden-Württemberg nicht. Da haben Sie nur eigene wahlkampfpolitische Interessen und denken nicht an die Wirtschaft und die Menschen, die in diesem Land leben.

(Beifall)

Also, Zukunftsland Baden-Württemberg! Wir haben 1,2 Milliarden € zur Verfügung gestellt und verschiedene Programme auf den Weg gebracht. Invest BW ist das größte einzelbetriebliche Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg. Seit dem 15. Januar können Anträge gestellt werden. Wir waren hier schnell. Wir haben die Eckpunkte am 15. Dezember im Kabinett beschlossen. Jetzt können Anträge gestellt werden.

Für mich ist es der richtige Zeitpunkt, mit dem wir jetzt die Art und Weise von Investitionen am Standort Baden-Württemberg anders unterstützen können als bisher. Wir sind in einem harten Standortwettbewerb mit anderen Regionen in diesem Land und auch mit anderen Regionen in dieser Welt. Deswegen müssen wir auch in Baden-Württemberg positive Anreize setzen können. Das war uns bisher nicht möglich, doch aus vielen Gesprächen weiß ich, es besteht ein großer Bedarf.

Ich kann Ihnen sagen: Wenn wir wollen, dass die Zukunftstechnologien auch bei uns angesiedelt werden, dann ist Invest BW hier ein ganz wichtiger Hebel, der die Wirtschaft bei diesen Entscheidungen unterstützt und unser Land insgesamt nachhaltig stärken wird.

(Beifall)

Positive Anreize auch für das Innovationsgeschehen: Wir sehen da auch einen starken konjunkturstützenden Nachfrageeff-

ekt; und das ist gerade jetzt, in diesem Jahr 2021, ein ganz wesentlicher Aspekt. Wir wollen mit Invest BW auch hoch qualifizierte Arbeitsplätze bei uns am Standort unterstützen.

Ich freue mich darauf und bin gespannt, was aus Invest BW alles entsteht. Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Zukunftstechnologie „Made in Baden-Württemberg“, das leitet mich als Wirtschaftsministerin in diesem Amt, und da haben wir – das Wirtschaftsministerium, die Landesregierung – in den letzten Jahren einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde erteile ich Herrn Abg. Mack für die CDU-Fraktion das Wort.

**Abg. Winfried Mack CDU:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Krise besinnen wir uns auf das, was wir am besten können, nämlich auf neue Ideen. Baden-Württemberg ist das Innovationslabor Europas. Die Pandemie selbst können wir nur mit neuen Ideen überwinden, und deshalb ist der Kampf um den neuen Impfstoff elementar. Es ist eine Sensation, wie schnell wir diesen neuen Impfstoff haben. Übrigens kommen zwei Impfstoffe aus Süddeutschland.

Genauso brauchen wir jetzt die Digitalisierung auch unserer Verwaltung – über alle Ressorts hinweg –,

(Vereinzelt Lachen)

um beispielsweise Impftermine noch besser managen zu können.

(Zuruf)

Digitalisierung der Verwaltung: Bei unserer Soforthilfe für den Mittelstand im vergangenen März waren wir schnell und effektiv. Dank eines digitalisierten Workflows über die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und die L-Bank hinweg – diesen Prozess hat unser Wirtschaftsministerium organisiert – waren wir schnell und effektiv. Auch bei der Novemberhilfe hätte es besser gemacht werden können, wenn es gleich das Land gemacht hätte. Jetzt ist das Ganze beim Land, jetzt läuft es, und darauf vertrauen wir. Das Land kann Digitalisierung.

(Beifall)

Innovationslabor Europas: Wenn weniger Lösungen aus diesem Labor kommen, gibt es mehr Probleme. Deswegen haben wir die politische Verantwortung, die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in unserem Land kontinuierlich zu verbessern.

Wir geben im Moment gut 5 % unseres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus. Wir brauchen aber 7 %. Dazu brauchen wir die Hochschulen, und dazu brauchen wir die Betriebe. Deswegen machen wir das Projekt Invest BW. Dieses bringt Schubkraft in die Wirtschaft, die Betriebe und die Forschungslandschaft in unserem Land hinein. Das brauchen wir für mehr Wachstum, und mehr Wachstum wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass wir auch die Verschuldung wieder abbauen können. So hängt das Ganze miteinander zu-

(Winfried Mack)

sammen. Deswegen ist Invest BW ein entscheidendes Programm.

(Beifall)

Investitionen in neue Bereiche wie beispielsweise die Bioökonomie sind entscheidend. Unsere Kultusministerin, Susanne Eisenmann, hat sich dafür eingesetzt, dass wir bei der Bioökonomie weiterkommen, dass wir beispielsweise neue Verpackungsmaterialien bekommen, Stoffe aus der Natur verwenden, um Öl substituieren zu können.

Bei der Schaffung der Grundlagen der Digitalisierung sind wir großartig. Beispielsweise haben wir die Photonik, und in diese haben wir investiert. Wir kommen hier weiter. Wir haben Optik und Laser für die Bearbeitung der besten Chips der Welt. Diese kommen aus Baden-Württemberg. Dafür haben wir den Zukunftspreis des Bundespräsidenten gewonnen.

Jetzt müssen wir auch bei der KI nachrüsten, und dazu dient der KI-Park, den wir ausgelobt haben.

Neue Ideen sind in vielen Technologiebereichen entscheidend, z. B. auch beim Pflanzenschutz. Wenn wir die Biodiversität in unserem Land erhalten wollen, müssen wir in Forschung beim Pflanzenschutz investieren. Andernfalls müssen wir den Weinberg wie anno dazumal weiterhin mit Kupfer bespritzen.

(Vereinzelt Beifall)

Auch die wichtigen Klimaschutzziele erreichen wir nur über neue Ideen und neue Technologien. Entscheidend ist doch, dass wir den Ausstoß von CO<sub>2</sub> so schnell wie möglich senken.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen reduzieren, wir müssen substituieren, wir müssen kompensieren – schlicht alle Möglichkeiten nutzen, das ganze Klavier bespielen. Hier setzt die Idee der Klimaschutzstiftung von Claus Paal ein, die wir seit dem 1. Januar haben.

(Vereinzelt Lachen – Vereinzelt Beifall)

Dieser Transferriemen ist für die Kompensation notwendig. Das ganze Land kann mitmachen: Privatpersonen, Firmen, öffentliche Verwaltungen. Die Welt muss bis zu 100 Milliarden € jährlich einsammeln, um die Regenwälder zu schützen. Der Bedarf an Kompensation ist enorm.

Hier kommt die Anschlussidee, die unser Kollege Albrecht Schütte eingebracht hat: Baden-Württemberg über die Kompensation in wenigen Jahren netto klimaneutral machen. Professor Radermacher hat gestern bei uns in der Fraktion diese Idee als genial bezeichnet.

(Beifall – Zurufe)

Hinzu kommt die Reduktion. Es gibt auf der Welt 1,3 Milliarden Verbrenner. Drei Viertel der Fahrzeuge, die 2030 auf der Welt unterwegs sein werden, sind schon heute unterwegs. Deswegen brauchen wir die Technologien Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe.

Ich bin wirklich dankbar dafür, dass wir jetzt auch mit dem Koalitionspartner erreicht haben, dass wir da in Baden-Württemberg gleichförmig unterwegs sind. Wer jetzt noch im Brem-

serhäuschen sitzt, ist das Bundesumweltministerium, das wir davon überzeugen müssen, dass diese Technologie aus Baden-Württemberg die richtige ist, die zukunftsweisende.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Mack, schauen Sie bitte einmal auf das Display. Das sagt etwas, und das sollten Sie jetzt berücksichtigen.

(Unruhe – Zuruf: Kommen Sie zum Schluss mit Ihrem Wahlkampfgetue!)

**Abg. Winfried Mack** CDU: Ja, deswegen komme ich zum Schluss meiner Rede. – Mit Porsche, mit Bosch, mit dem KIT haben wir die Treiber der Idee der synthetischen Kraftstoffe in Baden-Württemberg. Wir sind das Innovationslabor Europas. Das ist keine chauvinistische Überheblichkeit, sondern ein Beitrag für eine freie und friedliche Welt.

Wir schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze. So bringen wir Ökonomie und Ökologie zusammen, und so kommen wir mit Mut und neuen Ideen sicher aus der Krise.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der zweiten Runde frage ich nach weiteren Wortmeldungen. – Frau Abg. Wolle, Sie möchten nicht sprechen, wenn ich die Körpersprache richtig verstehe.

Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Schweickert das Wort.

(Unruhe – Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz übernimmt die Sitzungsleitung.)

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Frau Präsidentinnen – so sage ich jetzt einmal –,

(Heiterkeit)

liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn diese Debatte heute Morgen von jemandem verfolgt wird, der jetzt als Unternehmer im Lockdown sitzt,

(Zuruf: Ja, genau!)

weiß ich nicht, was er denkt.

(Zuruf: Guter Einstieg!)

Es ist ja in Ordnung, dass man sich Gedanken macht, wie Baden-Württemberg auch über den Tag hinaus Innovationen nach vorn bringt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist der Punkt!)

Aber man muss sich schon einmal fragen: Zu welchem Zeitpunkt kommt ein solcher Impuls und auf wessen Kosten?

Meine Damen und Herren, diese Debatte heute Morgen hat wieder gezeigt, dass Planungssicherheit, dass Verlässlichkeit für die Wirtschaft von Baden-Württemberg in dieser Regierung auch in einer Pandemie Fehlanzeige ist. Fehlanzeige!

(Beifall)

(Dr. Erik Schweickert)

Sie legen kurz vor der Wahl ein Programm vor, während die Wirtschaft am Boden liegt, viele Unternehmen vor dem Aus stehen, keine Öffnungsperspektive vorhanden ist. Reden Sie doch einmal mit Unternehmerinnen und Unternehmern, die kurz vor dem Aus stehen, inwiefern die sich gerade Gedanken über Investitionen in die Zukunft machen.

(Zuruf: Keine!)

Sie müssen schauen, wie sie das vor Ort hinbekommen.

Dann kommt eine solche Debatte, in der man sich rühmt, wie toll es mit den Hilfen laufe. Also, meine Damen und Herren, Frau Ministerin: Wir fangen seit dem 12. Januar theoretisch damit an, die Novemberhilfen abzuarbeiten. Wir schieben eine Riesenbugwelle vor uns her.

(Beifall)

Die Überbrückungshilfe III hat noch nicht einmal angefangen. Das ist eine große Leistung der Leute, die da sind. Aber Sie können sich nicht herausdividieren und sagen, das sei nur der Bund. Sie haben sich auf den Deal eingelassen: Die Abschlagszahlung macht der Bund. Das bekommt er nicht hin – große Koalition –, aber dann muss es zumindest im Land funktionieren. Diese Bugwelle schieben Sie vor sich her. Das wird uns und der Wirtschaft noch auf die Füße fallen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dann höre ich die Reden. Herr Reinhart sagt: „Invest BW für die Maschinenbauer; wir brauchen künstliche Intelligenz.“ Dann kommen sowohl Herr Reinhart, Frau Lindlohr, Frau Hoffmeister-Kraut und auch Winnie Mack, und alles, was sie als Argument bringen, heißt: „Ja, Digitalisierung, damit kann man etwas machen.“ Meine Damen und Herren, ich habe vorher gefragt: Auf wessen Kosten ist das gekommen? Wir hatten hier im Land auch mal eine „Digitalisierungsprämie Plus“. Und was machen Sie? Sie nehmen das Geld aus diesen Prämien, das für die kleinen und mittleren Unternehmen war, und geben es den Großen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt doch nicht!)

Sie haben dieses Programm, Kollege Mack, im Herbst 2019 aufgelegt. Sie haben es nach zwei Monaten ausgesetzt, weil ein Run stattgefunden hat. Gerade der Einzelhändler, der jetzt im Lockdown sitzt, hat es beantragt, weil er Click and Collect aufgebaut hat, weil er in die Digitalisierung investieren musste, weil Sie mit dem Thema „Homeoffice-Regelungen“ kommen. Um das umzusetzen, muss man in VPN-Zugänge und Sonstiges investieren.

Das Programm haben Sie im Dezember 2019 für zehn Monate ausgesetzt, dann neu aufgelegt, mit neuen Förderbedingungen. Deswegen sage ich: Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit sehen anders aus.

(Beifall)

Jedes Mal ändern Sie etwas. – Sorry, ich kriege da Puls. – Sie ändern jedes Mal etwas daran.

Nach zehn Monaten kommt dann der Neustart. Frau Ministerin, Sie sind mit 200 Millionen € reingegangen. Das war Ihr

erster Aufschlag für die neue Digitalisierungsprämie ab Oktober 2020. Dann hat Ihr grüner Koalitionspartner Sie auf 50 Millionen € runtergekürzt. Dann kommen bei neuen Programmen solche Aspekte wie: „Da gibt es 10 % für Nachhaltigkeit“ und „10 % noch da obendrauf“.

Sehen Sie sich die Programme doch mal an. Sie erhalten bei der „Digitalisierungsprämie Plus“ für Investitionen ab einer Höhe von 10 000 € für die Digitalisierung eine Förderung. Diese können Sie bei Invest BW bei einem Investitionsvolumen ab 20 000 € erhalten. Der Unternehmer bekommt bei der Digitalisierungsprämie bis zu 6 000 €, wenn die zuwendungsfähigen Ausgaben in dem Bereich zwischen 10 000 € und 50 000 € liegen. Und was bekommt er bei dem Programm, das Sie jetzt vorstellen? Da bekommt er 10 % plus weitere 10 %, wenn er das nachhaltig macht, plus noch mal 10 %, aber maximal 25 %.

Überlegen Sie sich doch mal, was ein Unternehmer denkt. Er hat ein gutes Programm. Da sind Ihnen die Türen eingerannt worden, Sie konnten es dann nicht mehr finanzieren. Dann haben Sie es ausgesetzt und angekündigt: „Am 15. Januar fangen wir an.“ Der 15. Januar ist um. Es ist noch nicht freigeschaltet. Sie sagen jetzt, Sie fangen am 1. Februar mit diesem Programm an. Frau Ministerin, warum machen Sie das? Weil Sie einfach das Geld dafür nicht haben. Dann nehmen Sie es weg und gucken, dass Sie vor der Wahl noch mit einem schönen Programm reingehen können, um Ihre Wähler zu beglücken.

(Beifall)

Das, meine Damen und Herren, ist der falsche Weg.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch mal erwähnen: Wir, die Politik, müssen Verlässlichkeit bringen. Gerade eben, Frau Ministerin, haben Sie gesagt: „Da kommen jetzt neue Ideen und neue Konzepte.“ Das heißt, derjenige, dem Sie im Februar, im März, im ersten Lockdown gesagt haben: „Da kommt wieder eine Digitalisierungsprämie“, der hat sich das angeguckt, was war. Dann hat er sich darauf eingestellt, hat es vielleicht mit in seine Finanzplanung eingebracht. Dann wurde es im Oktober geändert. Folge: Da war er dann wieder nicht dabei.

Jetzt erfahre ich heute Morgen hier im Plenum, dass jetzt wieder etwas geändert wird. Immer wieder drehen Sie an irgendeiner Schraube. Das, meine Damen und Herren, ist keine Verlässlichkeit. Doch diese brauchen die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Baden-Württemberg jetzt mehr denn je.

(Beifall)

Deshalb komme ich zu dem Punkt zurück, an dem ich angefangen habe. Ich will Invest BW als Programm nicht schlechtmachen. Vielmehr kritisiere ich, wie Sie das finanzieren, wann Sie das bringen und welche Effekte Sie aus anderen Programmen ziehen, die den Unternehmerinnen und Unternehmern auf die Füße fallen.

Meine Damen und Herren, wenn wir es nicht schaffen, gerade für die Unternehmen, deren Geschäfte jetzt nicht gerade gut laufen, die sich den Invest nicht leisten können, weil sie kein großer Produzent sind, der nicht vom Lockdown betrof-

(Dr. Erik Schweickert)

fen ist, wenn wir es in Baden-Württemberg nicht hinkommen, dass wir eine Öffnungsperspektive haben, dann wird vieles von dem, was hier passiert, verhallen.

Deswegen: Machen Sie sich nicht nur Gedanken, wie Sie vor der Wahl Geld verteilen können, wo Sie denken, dass es richtig angebracht ist, sondern sorgen Sie auch dafür, dass es eine klare, verlässliche und planbare Öffnungsperspektive für die Wirtschaft in Baden-Württemberg gibt. Sonst sieht es zapenduster aus.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Gibt es noch weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir die Aktuelle Debatte unter Punkt 1 abschließen.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Rechtsvorschriften an die Neufassung des Polizeigesetzes (Polizeigesetz-Anpassungsgesetz – PolGANpG) – Drucksache 16/9241**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/9688**

**Berichterstatter: Abg. Dr. Ulrich Goll**

Hierzu hat das Präsidium drei Minuten Redezeit pro Fraktion vorgesehen.

Zuerst hat das Wort Frau Abg. Schwarz von den Grünen.

**Abg. Andrea Schwarz GRÜNE:** Verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, bei diesem Tagesordnungspunkt geht es weniger emotional zu. Denn mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, dem Polizeigesetz-Anpassungsgesetz, sollen rein redaktionelle Korrekturen vorgenommen werden.

Allen ist bekannt: Wir haben vor Kurzem das Polizeigesetz novelliert. Viele Gesetze in Baden-Württemberg nehmen auf das Polizeigesetz Bezug. Deshalb muss eine redaktionelle Anpassung an die geänderte Nummerierung der Paragraphen des Polizeigesetzes erfolgen. Eigentlich ist das eine rein redaktionelle Angelegenheit.

Aber eben auch solche Gesetze, die keinen materiellen Inhalt haben, benötigen die Beratung durch das Parlament. Deshalb arbeiten wir das heute ab, um die redaktionellen Änderungen noch vor dem Ende der Legislaturperiode vornehmen zu können und auch daran ein Häkchen machen zu können.

Danke.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Nun kann der Kollege Lorek für die CDU sprechen.

**Abg. Siegfried Lorek CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier im Landtag am 30. September 2020 die Änderung des Polizeigesetzes be-

schlossen. Durch diese Änderung können die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten jetzt auch in geschlossenen Räumen die Bodycam nutzen. Damit haben wir eine Regelung auf den Weg gebracht, die den Alltag der Polizei wirklich verbessert. Dafür danke ich Ihnen herzlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch dem Innenminister Thomas Strobl, der sich sehr für diese Änderung eingesetzt hat.

(Beifall)

Damit haben wir in dieser Legislatur den Werkzeugkasten der Polizei in Baden-Württemberg in insgesamt drei Schritten signifikant verbessert. So, wie sich die Methoden und das Verhalten der Kriminellen weiterentwickeln, muss dies natürlich auch der besagte Werkzeugkasten der Polizei tun.

Im September haben wir dafür gesorgt, dass die Bodycam im Konfliktfall nun auch in Wohn- und Geschäftsräumen eingesetzt werden darf. Denn wir nehmen nicht hin, dass ein verfügbares Einsatzmittel nicht in Situationen verwendet werden darf, in denen 30 % aller Angriffe auf die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten geschehen.

In der Folge dieser wichtigen Änderung müssen nun einige Gesetze und Verordnungen angepasst werden. Das erledigen wir jetzt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf. Dieser enthält 16 Artikel: 15 mit redaktionellen Änderungen, einer zum Inkrafttreten.

Der Innenausschuss empfiehlt Ihnen die Zustimmung. Das empfehle ich Ihnen natürlich auch.

Ich möchte aber zum Schluss – wir stehen kurz vor einer Landtagswahl – auch einmal den Blick nach vorn richten. Ich bin schon schockiert und verärgert, wenn ich die Wahlprogramme lese. Im Wahlprogramm der SPD und – etwas weicher ausgedrückt – im Wahlprogramm der FDP wird gefordert, die Änderung des Polizeigesetzes in diesem Punkt wieder rückgängig zu machen.

Darum beende ich jetzt meine Rede mit dem ausdrücklichen Appell, den der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft bei der Anhörung zur Änderung des Polizeigesetzes vorgebracht hat: Wenn sich durch den erweiterten Bodycamenteinsatz auch nur eine Verletzung einer Polizistin oder eines Polizisten verhindern lässt, dann ist diese Maßnahme richtig. – Meine Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Zuruf)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster spricht für die SPD Herr Kollege Hinderer.

**Abg. Rainer Hinderer SPD:** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Lorek, auch ich erinnere mich an die Anhörung zum Polizeigesetz. Da gab es auch noch ganz andere Stimmen als die des Herrn Kusterer, was die Verfassungsmäßigkeit dieses Gesetzes angeht. Wir finden es nach wie vor nicht richtig, dass wir dieses Gesetz verabschiedet haben.

In dem Gesetz, das wir heute beraten und dann auch verabschieden, steht nun nichts Falsches drin. Sie, Herr Innenmi-

(Rainer Hinderer)

nister, haben anscheinend aber sehr viel Zeit und Kraft darauf verwendet, die Novellierung des Polizeigesetzes damals im September sehr schnell durch das Parlament zu jagen – so schnell, dass andere Dinge auf der Strecke geblieben sind; diese wurden offenbar nicht von Anfang an mitgedacht. Dazu zähle ich beispielsweise die Änderungen, die wir heute nun nachgängig beschließen müssen. Anders ist es kaum zu erklären, dass dies erst heute erfolgt und nicht schon damals erfolgt ist. Es wäre gut gewesen, alles gleich von Anfang an mitzudenken und nicht erst Monate später darüber zu beraten und abzustimmen.

(Beifall)

Das Polizeigesetz als solches haben wir abgelehnt; heute werden wir uns bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Vielen Dank.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Karl Zimmermann CDU:  
Die Dreiminutenregelung ist ideal! – Vereinzelt Heiterkeit – Weitere Zu- und Gegenrufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster hat Herr Abg. Stein das Wort.

**Abg. Udo Stein** AfD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Wir diskutieren heute in Zweiter Beratung über das Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Rechtsvorschriften an die Neufassung des Polizeigesetzes. Wegen der vielen Folgeänderungen, die der vorliegende Gesetzentwurf infolge der letzten Änderung des Polizeigesetzes vorsieht, ist es selbstverständlich sinnvoll und richtig, notwendige Folgeänderungen in anderen Gesetzen und Verordnungen im Gesetzgebungsverfahren vorzunehmen. Damit schaffen wir Rechtssicherheit und halten unser Rechtssystem stets aktuell.

Die Zweite Beratung muss der Form halber wohl sein. Keine einzige und kein einziger der beteiligten Kommunen, Interessenverbände, Gewerkschaften oder anderen Körperschaften haben bei der Anhörung irgendwelche Einwände geäußert; die meisten haben nicht einmal geantwortet. Das sagt einiges über die gute Qualität und die Notwendigkeit dieses Bereinigungsgesetzes aus. Dem Parlamentspräsidium empfehle ich an dieser Stelle, bei Gesetzen dieser Art künftig eine Redezeit von nur einer Minute je Fraktion anzusetzen. Viel Diskussionsbedarf besteht dabei ja nicht, wie man bereits bei meinen Vorrednern gesehen hat.

Aber lassen Sie mich kurz einen kleinen Gedankensprung machen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir werden am Donnerstag, 4. Februar, das Cybersicherheitsgesetz in zweiter Lesung verabschieden, und zwar ohne Debatte. Dieses Gesetz besteht aus seitenlanger komplizierter Regelungsmaterie. Es wird eine neue – und zwar nicht, wie von uns gefordert, unabhängige – Behörde geschaffen; es geht also nicht um Alltägliches. Dieses Gesetz befand sich vor wenigen Tagen zur Beratung im Innenausschuss und stieß auf massivsten Widerstand der gesamten Opposition.

(Vereinzelt Beifall)

Es handelt sich um einen unausgereiften Schnellschuss. Der einzige Zweck, den dieses Gesetz hat: Es ist ein Wahlkampfgeschenk an den Minister.

Ich finde es schade, dass wir hier über eine Anpassung von Paragrafen diskutieren, während der Landtag zum fundamentalen Cybersicherheitsgesetz bei der abschließenden Beratung aber keine Debatte führt.

(Beifall)

Warum sich die Sachlage allerdings so darstellt, ist mir klar: Damit werden vor dem Ende der laufenden Legislatur noch einmal Wahlkampfgeschenke an den CDU-Innenminister verteilt. Ich hätte mir zur Cybersicherheit und zum Cybersicherheitsgesetz eher eine ausführliche Beratung gewünscht, da die Opposition quer durch alle Reihen massiv Kritik geübt hat.

Dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Anpassung landesrechtlicher Rechtsvorschriften an die Neufassung des Polizeigesetzes stimmt die AfD-Fraktion zu.

(Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Professor Goll, Sie haben das Wort für die FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Dr. Ulrich Goll** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Gesetz hat keinerlei politischen Inhalt. Es ist an sich eine rein formale Geschichte, der wir im Übrigen, um es vorwegzunehmen, auch zustimmen werden. Das halten wir eigentlich für relativ selbstverständlich.

Jetzt kann man natürlich über irgendetwas anderes sprechen, wie es die Vorredner zum Teil gemacht haben, nämlich über ein Gesetz wie die Polizeigesetznovelle, die wir schon beschlossen haben und der wir nicht zugestimmt haben. Daran darf man bei dieser Gelegenheit erinnern. Oder man kann über irgendein Gesetz reden, über das man gerade reden möchte. Aber das ist alles nicht im Sinne dieses Tagesordnungspunkts.

Deswegen darf ich noch einmal feststellen: Der vorliegende Gesetzentwurf ist rein formaler Natur. Er hat keinen politischen Inhalt. Das Gesetz wird gebraucht, um bestehendes Recht anzupassen. Deswegen werden wir auch zustimmen.

Noch ein letztes Wort: Herr Kollege Lorek, Sie haben Herrn Kusterer zitiert. Da fiel mir wieder ein, dass wir Herrn Kusterer in der Anhörung gefragt haben, ob er all das, was Sie in das Gesetz hineinschreiben, für notwendig hält. Ich erinnere mich noch sehr gut an seine verschmitzte Antwort. Er hat gesagt: Wenn Sie in eine Metzgerei kommen und der Metzger Sie fragt: „Darf es auch etwas mehr sein?“, dann antworten Sie auch mit Ja.

(Heiterkeit)

So viel zur Notwendigkeit mancher Passagen dieses Gesetzes.

(Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Mir liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Abg. Dr. Fiechtner vor.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] trinkt aus dem am Redepult bereitgestellten Wasserglas.)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Freibier. – Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! In dem neuen Gesetz wird die Ausweitung in Sachen Bodycam auch mitgeregelt. Das ist gut so. In Zeiten zunehmender Gewalt durch Polizisten ist es mehr als notwendig, dass deren Handlung auch ausführlich dokumentiert wird.

An dieser Stelle würde ich mir erhoffen, dass auch die Bürger stärker auf das Handeln der Polizisten achten. Es gibt Ausschreitungen bei zahlreichen Demonstrationen, Übergriffigkeiten auf Rodelpisten, bei Kindergeburtstagen und Ähnlichem. Die Polizei ist nun mal der verlängerte Arm der Exekutive und muss besonders kontrolliert werden.

Möge eine weitere Ausweitung der Verpflichtung und der Möglichkeiten der Bodycam erfolgen, damit dann betroffene Bürger sich mittels dieser Aufnahmen wehren können.

(Zuruf)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister Strobl, Sie haben das Wort.

**Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl:** Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Der vorliegende Gesetzentwurf dient der Anpassung von Gesetzen und Rechtsverordnungen an eines der modernsten Polizeigesetze dieser Republik, welches nach intensiven Diskussionen von den Koalitionsfraktionen glücklicherweise verabschiedet worden ist und vor exakt zehn Tagen, am 17. Januar, in Kraft getreten ist, welches der exzellenten Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten eine sichere und gute Rechtsgrundlage gibt und unser schönes Land Baden-Württemberg zu einem noch sichereren Land macht. Dafür herzlichen Dank.

(Beifall)

Die redaktionellen Änderungen betreffen etwa das Landesverfassungsschutzgesetz, das Landesdisziplinalgesetz, das Landesordnungswidrigkeitengesetz und auch das Kurortegesetz. Aber in jedem Fall sind es nur redaktionelle Anpassungen. In keinem Fall werden neue Befugnisse geschaffen.

Besonders erfreulich in dieser Zeit ist dann noch: Das Gesetz hat keinerlei finanzielle Auswirkungen. Auf gut Deutsch: Es koscht' nix – weder die Bürger noch die Wirtschaft noch die Behörden.

Also steht einer Zustimmung, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, nichts entgegen. Wenn ich es richtig verfolgt habe, möchte sich auch nur die SPD-Fraktion der Stimme enthalten. Das entspricht ihrer Haltung gegenüber der Polizei und der inneren Sicherheit in diesem Land.

(Oh-Rufe)

Vielen Dank.

(Beifall – Zurufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen jetzt – Herr Abg. Dr. Fiechtner! – in dieser Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzent-

wurf Drucksache 16/9241. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/9688. – Herr Abg. Dr. Fiechtner, wir befinden uns in der Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Ich bitte Sie jetzt, damit einverstanden zu sein, dass ich diese Artikel 1 bis 16 gemeinsam zur Abstimmung stelle. – Damit sind Sie einverstanden.

Artikel 1 bis Artikel 16

Wer den Artikeln 1 bis 16 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Artikeln 1 bis 16 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 27. Januar 2021 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Anpassung landesrechtlicher Rechtsvorschriften an die Neufassung des Polizeigesetzes (Polizeigesetz-Anpassungsgesetz – PolGANpG)“. – Mit der Überschrift sind Sie einverstanden.

Wir kommen zur

**S c h l u s s a b s t i m m u n g**

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke sehr. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Danke schön. Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt, und wir haben Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der CDU – Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes – Drucksache 16/9279**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales und Integration – Drucksache 16/9380**

**Berichterstatter: Abg. Jochen Haußmann**

Auch hierzu gibt es laut Beschluss des Präsidiums drei Minuten Redezeit je Fraktion.

Für die Grünen beginnt Herr Abg. Frey.

**Abg. Josef Frey** GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Laut Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation – ILO – werden weltweit mehr als eine Million Kinder in Bergwerken oder Steinbrüchen ausgebeutet. Dieser Zustand, meine Damen und Herren, ist unerträglich. Wenn wir hierzulande in einem würdigen Rahmen unserer Verstorbenen gedenken, darf dies nicht auf Kosten von Kindern gehen.

Gestatten Sie mir einen kurzen Rückblick auf das Jahr 2012, in dem der Landtag eine Novellierung des Bestattungsgesetzes beschlossen hat, mit der er den Kommunen die Möglichkeit gegeben hat, dass auf Friedhöfen nur noch Grabsteine auf-

(Josef Frey)

gestellt werden dürfen, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des ILO-Übereinkommens 182 zur Abschaffung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit hergestellt wurden.

In diesem Übereinkommen findet die weltweite Verpflichtung Ausdruck, dass die schlimmsten Formen der Kinderarbeit wie Sklaverei oder gefährliche Arbeit in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Es darf keine Toleranz für ausbeuterische Kinderarbeit geben – nirgendwo, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Viele Kommunen in Baden-Württemberg, die von der Möglichkeit eines Verbots Gebrauch machen wollten, wurden allerdings ausgebremst. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim hat zwischen 2013 und 2016 nach Klagen von Steinmetzen die Regelungen zur Änderung der Friedhofssatzungen für unwirksam erklärt, und zwar mit der Begründung, es gebe keinen verlässlichen Nachweis für Grabsteine, die ohne Kinderarbeit hergestellt worden sind.

Diese Nachweismöglichkeit liegt nun aber vor. Mit einem mehrstufigen Nachweisverfahren gestalten wir nun heute die bisherigen Regelungen des Landes rechtssicher aus. Denn mit dem Internetportal „siegelklarheit.de“, das von der Bundesregierung eingerichtet wurde, gibt es nun eine allgemein anerkannte Plattform zur transparenten Evaluation, Bewertung und Publikation angebotener Gütesiegel für verschiedene Produktgruppen. Damit können wir ein abgestuftes Nachweisverfahren in unserem Gesetz etablieren. Wir geben den Kommunen und den Steinmetzen rechtssichere und verhältnismäßige Regelungen an die Hand.

Der Städte- und der Gemeindetag verweisen in ihrer Stellungnahme zwar weiterhin auf die beiden genannten Urteile des VGH; die damals gegenständlichen Friedhofssatzungen sind jedoch in ihren rechtlichen Vorgaben nicht mit der Regelungssystematik vergleichbar, die wir mit unserem heute zu verabschiedenden Gesetz implementieren.

Mit den nunmehr eingeführten abgestuften Nachweismöglichkeiten sind die seinerzeit vorgetragenen Bedenken ausgeräumt. Denn Steinmetze können, wenn sie kein entsprechendes Zertifikat vorlegen können, nun auf eine schriftliche Selbsterklärung über die Provenienz der Steine zurückgreifen. Ein unzulässiger Eingriff in die Berufsfreiheit ist somit ausgeschlossen.

Die positive Stellungnahme des Landesinnungsverbands Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk Baden-Württemberg zeigt die Akzeptanz für diese Lösung klar auf. Herzlichen Dank an den Verband.

Ich bin überzeugt, dass viele Kommunen schon sehr bald von ihrem Recht Gebrauch machen werden und Grabsteine aus der schlimmsten Form der Kinderarbeit keinen Platz mehr auf den Friedhöfen in unserem Land haben werden.

Ich danke Ihnen für die Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Teufel, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion.

**Abg. Stefan Teufel** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach Angaben des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, UNICEF, gehen weltweit 218 Millionen Kinder zwischen fünf und 17 Jahren einer Arbeit nach. 73 Millionen Kinder leider gar unter Arbeitsbedingungen, die gefährlich oder auch ausbeuterisch sind. Kinderarbeit in diesem Sinn verletzt Kinder in ihren Grundrechten, aber auch in ihren Menschenrechten. Sie zerstört die Chance auf eine Ausbildung und auf eine qualifizierte Arbeit im Erwachsenenalter. Fast alle Staaten der Welt haben sich deshalb mit der Agenda 2030 auf das Ziel geeinigt, jegliche Form der Kinderarbeit abzuschaffen.

Vor diesem Hintergrund beraten wir heute einen Gesetzentwurf der Regierungsfractionen, der eine lange – ich möchte sagen: viel zu lange – Vorgeschichte hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Aufstellen von Grabsteinen gehört in unserem Land zur allgemeinen Bestattungskultur. Es ist üblich, mit Steinen – oft auch ausgefallenen Steinen – an geliebte Menschen zu erinnern. Das ist auch ein wichtiger Teil unserer Kultur. Verwerflich ist es jedoch, wenn – so eine Schätzung des Instituts für Ökonomie und Ökumene – allein in der indischen Steinindustrie mindestens 150 000 Kinder unter unerträglichen Bedingungen dafür arbeiten müssen.

Angesichts dessen wollen wir – das hat Kollege Joscha Frey bereits geschildert – nach erfolglosen Initiativen in den Jahren 2012 und 2015 einen weiteren und diesmal hoffentlich erfolgreichen Anlauf unternehmen. Wir wollen den Kommunen die Möglichkeit geben, ein Aufstellungsverbot für Grabsteine zu erlassen, bei denen es nicht sicher ist, dass sie ohne Einsatz schlimmster Formen der Kinderarbeit hergestellt worden sind. Damit entsprechen wir auch den Handlungsempfehlungen des Bundesentwicklungsministers Gerd Müller, der das Thema „Ausbeuterische Kinderarbeit“ in den Fokus seiner Arbeit gesetzt hat.

(Beifall)

Zuversichtlich sind wir auch wegen der pragmatischen Stellungnahme des Landesinnungsverbands Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk Baden-Württemberg zur geplanten Änderung des Bestattungsgesetzes Baden-Württemberg, in der sich der Verband sehr zustimmend geäußert hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Beratungen im Sozialausschuss haben eine breite Zustimmung zu dem Gesetzentwurf gezeigt. Wir freuen uns, wenn sich diese Zustimmung auch in der heutigen Abstimmung des Hohen Hauses widerspiegeln kann.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung und Glück auf!

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster spricht Herr Kollege Kenner von der SPD.

**Abg. Andreas Kenner** SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Gesetz heute zeigt, dass wir demokratischen Parlamentarier in diesem Landtag von Baden-Württemberg auch in der Lage sind, ganz kurz vor einer Landtagswahl noch wichtige Schritte für die Kinder dieser Welt in

(Andreas Kenner)

großer Gemeinsamkeit zu unternehmen. Das ist ein sehr gutes Zeichen nach außen.

(Beifall – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

– Jimmy, ich zitiere aus einem Bericht eines Fabrikinspektors aus einer Fabrik in Geldern im Rheinland aus dem Jahr 1825:

*Selbst Vierjährige sah ich dort bei der Arbeit. 125 Kinder waren zur Nachtschicht eingeteilt. Ich diagnostizierte bleiche Gesichter, matte und entzündete Augen, geschwollene Leiber; böse Hautausschläge.*

Er schrieb weiter über unglückliche Geschöpfe, die früh dem Familienleben entfremdet wurden und ihre Jugendzeit in Kummer und Elend verbrachten. Viele dieser Kinder wurden keine 30 Jahre alt und sahen meist niemals eine Schule von innen.

Das war 1825 in Deutschland. Übrigens – wer die Geschichte meiner Partei verfolgt – war dies einer der Gründe, warum die SPD überhaupt gegründet wurde und die Gewerkschaften und die Kolpingfamilie aktiv geworden sind.

Zustände, wie ich sie gerade vorgelesen habe, sind inzwischen in Europa Gott sei Dank unvorstellbar und beseitigt. Aber – die Kollegen haben es schon gesagt – 250 Millionen Kinder unter 15 Jahren auf dieser Welt arbeiten in Bergwerken, Fabriken, auf Feldern und im Sexgewerbe. Sehr viele der Produkte, die unter unvorstellbaren Bedingungen hergestellt werden, werden bei uns, in einer der reichsten Regionen dieser Welt, konsumiert. Das ist ein Skandal. Deshalb machen wir heute einen Schritt in die richtige Richtung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich bin froh, dass wir nach dem Scheitern eines entsprechenden Gesetzes in der letzten Legislatur jetzt einen neuen Anlauf erleben. Ich bedanke mich da auch bei den Regierungsfractionen. Wir hätten allerdings da sehr gern auch mitgearbeitet, denn das ist kein Thema, dem wir uns verschlossen hätten. Ich sage nur: Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hessen haben ein solches Gesetz schon verabschiedet. Lassen Sie es uns auch tun! Dort wurden die Einwände zurückgewiesen.

Dank auch an das Justizministerium. Die SPD-Fraktion hat noch einmal eine Anfrage an das Justizministerium gestellt, wie es diese Dinge bewertet. Es hat uns davon überzeugt. Wir beschließen dieses Gesetz heute.

Ich verweise auch auf das Internetportal „siegelklarheit.de“. Vielen Dank an den von uns allen sehr geschätzten Minister Müller, der sehr viel Mut hat, Finger in Wunden zu legen und auch öffentlich Dinge anzusprechen, die uns allen ein schlechtes Gewissen machen.

Ein großer Dank übrigens an die Steinmetze und Steinbildhauer, die mir gesagt haben – wir haben, Kollege Schwarz, einige in Kirchheim; mit denen habe ich gestern noch telefoniert –: „Ein echter Schwabe lässt sich nicht unter einem Grabstein beerdigen, der aus Kinderarbeit stammt.“ Das hat mir unglaublich gut gefallen. Besser kann man es überhaupt nicht formulieren.

Toll finde ich, dass der Verband uns ein Formular mitschickt, einen Entwurf, wo alles auf eine Seite geht. Davon kann man lernen: nicht 30 Seiten, sondern eine Seite.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Lieber Herr Kollege, bei allem Konsens: Die Zeit ist um.

**Abg. Andreas Kenner SPD:** Ich bin fertig. Danke schön. Für mich war das eine Herausforderung. Ich könnte auch drei Stunden sprechen.

Vielen Dank für das Zuhören. Wir stimmen zu.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Wanke, Sie haben nun das Wort.

**Abg. Uwe Wanke AfD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, wer te Kolleginnen und Kollegen! Grabsteine ohne Kinderarbeit – selbstverständlich ist die AfD-Fraktion auch gegen Kinderarbeit, aber dies in jeder Form,

(Zuruf)

ob leichte, mittelschwere oder Kinderarbeit in der schlimmsten Form: Kinderarbeit gehört einfach verboten.

(Beifall)

Sicherlich ist es wünschenswert, dass die Grabsteine und Grab-einfassungen nachweislich aus fairem Handel stammen und ohne Kinderarbeit hergestellt werden. Kinder gehören nicht in den Steinbruch, in Minen oder Landwirtschafts- oder Industriebetriebe. Kinder gehören in die Schule. Hier lernen sie fürs Leben und können später den Weg in eine Berufsausbildung oder ein Studium einschlagen.

(Beifall)

Nur so kann man den Teufelskreis in diesen Ländern durchbrechen und mit der Armut endlich Schluss machen.

Ein Gütesiegel wäre da schon wünschenswert, obwohl wir momentan von vielen verschiedenen Gütesiegeln überhäuft werden: bei Lebensmitteln, Technik usw. Gut, dass das neue Siegel „Siegelklarheit“ nun auch auf land- und forstwirtschaftliche Produkte und die Textilproduktion ausgeweitet wird. Das begrüßen wir seitens der AfD.

Aber das geht uns leider nicht weit genug. Die Batterien für unsere E-Autos, die E-Fahrräder und die E-Tretroller werden im neuen Gesetz nicht berücksichtigt.

(Beifall)

In Afrika, im Kongo, schufteten sich die Kinder zu Tode oder werden zu Krüppeln oder bleiben ungebildet und ein Leben lang arm. Ist das nicht Heuchelei,

(Beifall)

die Rohstoffe für Batterien und Akkus nicht in das neue Gütesiegel aufzunehmen?

(Zurufe: Ja!)

(Uwe Wanke)

Wenn es um das Lieblingsspielzeug von euch Grünen geht, hört – so mein Eindruck – die Ethik auf. Welche Doppelmoral!

(Lebhafter Beifall – Zurufe, u. a.: Jawohl! – So ist es!)

Die Kobalt- und andere Rohstoffminen gehören einfach mit in diesen Gesetzentwurf aufgenommen.

(Zurufe)

Wie wäre es: Ohne ein Gütesiegel für kinderarbeitsfreie Batterien kein TÜV, keine Zulassung für E-Fahrzeuge in Deutschland.

(Beifall)

Das würde diesen Gesetzentwurf ehrlicher machen, und dann könnten wir auch zustimmen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wo ist denn der Antrag Ihrer Bundestagsfraktion?)

Diesmal werden wir uns seitens der AfD bei der Abstimmung enthalten, da dieser Gesetzentwurf einfach nicht weit genug geht.

Danke sagt der Uwe Wanke.

(Beifall – Zu- und Gegenrufe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben das Wort.

(Zurufe)

– Oh, Entschuldigung! Jetzt haben mich die Herren Gedeon und Fiechtner so abgelenkt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das freut mich aber!)

Zuerst ist Herr Abg. Haußmann von der FDP/DVP dran.

(Zurufe, u. a.: Der kann auch seine Rede zu Protokoll geben!)

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der letzten Legislaturperiode haben wir ja fraktionsübergreifend sehr umfangreich das Bestattungsgesetz novelliert, modernisiert und auch bürgerfreundlicher gemacht, haben viele Themen abgearbeitet. Auch in der letzten Legislaturperiode hatten wir das heutige Thema schon auf der Agenda, hatten damals aber einfach festgestellt, dass es eher nur Symbolik bedeutet hätte, wenn wir das in der letzten Novellierung aufgenommen hätten, weil die Zertifizierungen nicht stringent und nicht klar ersichtlich waren. Deshalb haben wir in der letzten Legislaturperiode ganz bewusst diesen gemeinsamen Gesetzentwurf an dieser Stelle nicht verändert.

Jetzt sind wir weiter bei den Möglichkeiten, mit einem Siegel darauf hinzuweisen, dass eben auch bei Grabsteinen und Grab-einfassungen Kinderarbeit nichts mehr zu suchen hat. Insofern macht es Sinn, jetzt auch diesen Gesetzentwurf im Landtag zu beschließen.

Ich habe, als wir die Unterlagen bekommen hatten, mit mehreren Steinmetzen in Baden-Württemberg gesprochen und habe unisono gehört, dass diese Lösung umsetzbar ist. Denn es geht darum, ob es mit einer sinnvollen bürokratischen Struktur tatsächlich umzusetzen ist. Das wurde mir auch signalisiert.

Der Landesinnungsverband Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk hat es angesprochen. Kollege Frey hat es auch noch mal zitiert. Es war sogar ein Formular dabei, sodass man jetzt davon ausgehen kann, dass es wirklich Hand und Fuß hat. Es ist ein erster Schritt bezogen auf die Grabsteine und die Grab-einfassungen. Es ist vollkommen richtig, dass es auch noch viele andere Themen gibt, die wir in den Blick nehmen müssen. Aber mit dieser Form, denke ich, machen wir einen weiteren wichtigen Schritt zu einem modernen Bestattungsgesetz in Baden-Württemberg. Deswegen wird die FDP/DVP-Landtagsfraktion diesem Gesetz zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Gedeon, Sie haben zurückgezogen. Dann haben wir jetzt noch Herrn Abg. Fiechtner auf der Rednerliste.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Doktor“, bitte! So viel Zeit muss sein!)

– Sie brauchen nicht mit Steinen zu werfen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau! Das nehmen Sie sich mal vor, Frau Präsident! Sie werfen allzu oft mit Steinen!)

Würden Sie jetzt bitte Ihre Redezeit nutzen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Wer sonst unhöflich ist, kann es für sich nicht in Anspruch nehmen! Reden Sie die Präsidentin mal anständig an! Eitler Fatzke! – Gegenruf des Abg. Bernd Gögel AfD: Jetzt bleiben sie doch mal ruhig! – Abg. Anton Baron AfD zu Abg. Reinhold Gall SPD: Wenn Sie was zu sagen haben, nehmen Sie die Maske runter!)

Herr Abg. Dr. Fiechtner hat sich beklagt, weil ich seinen Titel vergessen habe –

(Zuruf: Ausgerechnet!)

bei beiden Herren. Ich habe ihn in diesem Zusammenhang gebeten, mich auch mal wieder mit „Frau Präsidentin“ anzureden.

(Beifall – Zuruf: Genau!)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ich habe mich nicht beklagt, ich habe Sie gerügt.

(Lachen)

Im gleichen Atemzug ermahne ich Sie hier. Es kam aus dieser Reihe „Eitler Fatzke“. Ich denke, das wäre einen Ordnungsruf für den Herrn wert.

(Zurufe, u. a.: Die Uhr läuft hoffentlich!)

(Dr. Heinrich Fiechter)

Aber wir haben hier ein One-Sided-Parliament. Wir hatten das in Deutschland ja bereits.

(Oh-Rufe)

Wer hier über Kinderarbeit redet, vergisst dabei: Die Abwesenheit von Kinderarbeit ist die Anwesenheit von Wohlstand. Auch in Deutschland arbeiteten Kinder noch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein – auf Bauernhöfen sowieso –, einfach weil es notwendig war.

Aber was hier momentan geschieht, ist geradezu satirisch grotesk. Hier spricht man über Grabsteine, gleichzeitig zerschlägt man unter der Überschrift „Corona“ die Handelswege und Handelsverbindungen zu allerlei Ländern dieser Erde und zwingt diese Länder in die Armut zurück.

Sie werden sich noch schwer wundern, wie viele Menschen erstens sterben und in wie vielen Ländern aufgrund Ihrer Politik Kinderarbeit wieder schiere Notwendigkeit werden wird.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Tosender Beifall!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Minister Lucha, das Redepult ist Ihres.

**Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jawohl – Sie haben es gesagt –, ein Großteil der Grabsteine auf unseren Friedhöfen stammt leider aus Ländern, in denen Kinder unter Zwang und Ausbeutung in Steinbrüchen arbeiten. Wir tragen Verantwortung, dass diese Kinder nicht Opfer von Kinderarbeit werden, ihnen nicht die Möglichkeit auf Bildung genommen wird und sie eine Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben haben.

Kollege Frey und andere haben die ILO-Konvention angesprochen, die Selbstverpflichtung. Wir selbst hatten 2020 in Baden-Württemberg das Aktionsjahr gegen Kinderarmut und für Teilhabegerechtigkeit. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Regierungsfractionen – selbstverständlich auch bei der SPD und der FDP/DVP, die diese Initiative mittragen –, dass sie den vorliegenden Gesetzentwurf eingebracht haben. Wir, das Ministerium, dürfen das Ganze treuhänderisch durchführen und umsetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich erinnere mich noch gut – Kollege Hinderer ist jetzt gerade nicht da –, wie sehr wir in der letzten Regierungskoalition um das Bestattungsrecht gerungen haben und wie wichtig es uns seinerzeit war, in Friedhofssatzungen einen Passus gegen Kinderarbeit einzuführen. Der Verwaltungsgerichtshof Mannheim sah dann wegen nicht ausreichender Nachweisführung und dem Fehlen von vertrauenswürdigen Zertifikaten eine Verletzung des Gleichbehandlungsgrundsatzes.

Sie, liebe Regierungsfractionen, haben jetzt eine deutliche Nachbesserung in Ihren Gesetzentwurf eingebracht.

Erstens: Grabsteine, die nachweislich aus dem europäischen Wirtschaftsraum oder der Schweiz stammen, gelten per se als frei von Kinderarbeit.

Zweitens: Für Grabsteine aus anderen Herkunftsländern gibt es mittlerweile geprüfte Gütesiegel von anerkannten und unabhängigen Stellen. Diese Gütesiegel gewährleisten, dass die Herstellung ohne Einsatz schlimmster Formen der Kinderarbeit gemäß der Konvention 182 der Internationalen Arbeitsorganisation, ILO, erfolgt.

Entscheidend ist: Das Internetportal „siegelklarheit.de“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit listet solche geprüften und verlässlichen Zertifikate auf. Mit dieser anerkannten Plattform haben sich die Rahmenbedingungen für die verlässliche Nachweisführung entscheidend verbessert. Die Steinmetze in diesem Land – Sie haben es erwähnt – greifen auf das bewährte Gütesiegel zurück, um den Nachweis für Grabsteine ohne Kinderarbeit zu erbringen.

Drittens: Sofern ein Steinmetz ohne zumutbare Belastung kein Zertifikat vorweisen kann, besteht die Möglichkeit einer schriftlichen Erklärung, dass ihm keinerlei Anhaltspunkte für den Einsatz von Kinderarbeit bei der Herstellung der Grabsteine vorliegen. Dies ist nur dann möglich, wenn das Bezugsland keine geprüften Zertifikate vorlegt.

Diese neuen Regelungen schaffen durch das abgestufte Verfahren Rechtssicherheit für die Kommunen und die Steinmetze in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, dieses starke Zeichen gegen Kinderarbeit, für die Zukunft von Kindern, für unsere globale Verantwortung weltweit – mehr denn je in solchen krisenhaften Zeiten – ist mehr als ein Symbol.

(Abg. Anton Baron AfD: Elektroautos!)

Ich bedanke mich ganz herzlich für die übereinstimmende Zusammenarbeit.

(Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Herr Lucha, zu Elektroautos haben Sie gar nichts gesagt! Und zu den Infektionszahlen!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/9279. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Integration, Drucksache 16/9380. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

mit den Nummern 1 bis 3. – Sie sind damit einverstanden, dass ich darüber insgesamt abstimmen lasse. Wer also Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu

Artikel 2

Wer stimmt diesem Artikel zu? – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist auch Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

#### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 27. Januar 2021 das folgende Gesetz beschlossen:“.

#### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Bestattungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Danke sehr. Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Wir schließen Tagesordnungspunkt 3 ab.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der AfD – Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 16/9542**

Auch hierzu hat das Präsidium drei Minuten Redezeit für jede Fraktion und drei Minuten für die Begründung beschlossen.

Zuerst spricht Herr Abg. Sänze.

**Abg. Emil Sänze** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 15. Dezember 2020 hat unsere Fraktion einen epochalen Gesetzentwurf eingebracht:

(Vereinzelt Lachen)

das Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg, welches die Wiederwahl eines Ministerpräsidenten nach zehn Jahren Amtszeit ausschließt.

(Beifall)

Die Gründe für diesen Gesetzentwurf sind in der Endphase des zweiten Kabinetts Kretschmann offensichtlich. Wir, die AfD, wollen unserem Land weitere vergleichbare Erfahrungen von Klüngel und Verbrauchtheit, von erodierender Gewaltenteilung künftig ersparen.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]:  
Sehr gut!)

Wären Sie, meine Damen und Herren in der Regierung und in der Opposition, derart überzeugte Demokraten, wie Sie eigentlich täglich bekennen, dann hätte die Initiative zur Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten aus Ihrer eigenen Feder kommen müssen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Am vergangenen Donnerstag saßen wir wieder wie Klatschhäschen im Landtag und durften absegnen, was eine Kanzlerin und 16 Ministerpräsidenten angeblich im Namen der Demokratie für 83 Millionen Menschen entschieden haben. Das ist absurd und eine Pervertierung des Parlamentarismus.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Christina Baum AfD:  
So ist es! Genau! – Unruhe)

Wir haben einen Ministerpräsidenten, der sich in der Fragestunde zur Regierungspressekonferenz am 27. September 2017 zu der Äußerung verstieg, mindestens die Hälfte der AfD-Wähler sollten „für die demokratischen Parteien zurückzugewinnen“ sein, die andere Hälfte sei halt der „Bodensatz“, den es in jeder Gesellschaft gebe. Mit dieser Aussage ist die Distanz zu den Bürgern unseres Landes offensichtlich geworden, wenn der Wille, sofern er unbequem geworden ist, für sittenlos und wertlos erklärt wird. Das bestätigt die Aussage gestern Abend in der Sendung „Markus Lanz“.

Der Schlüssel zu diesen unwürdigen Zuständen liegt darin, dass sich ein Parlament, in dem sich die Regierungsfractionen als Verkünder des Regierungswillens verstehen, zweitrangig und überflüssig macht. Dem Parlament obliegt es, die Exekutive zu kontrollieren – ich betone: zu kontrollieren –, und nicht, die Regierung gegen Kritik abzuschirmen.

(Beifall)

Die tiefe Spaltung der Gesellschaft, die die Regierenden ständig uns zur Last legen wollen, haben diese Regierenden selbst verschuldet, indem sie wissentlich und willentlich immer breitere gesellschaftliche Schichten von der Willensbildung ausschließen,

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD:  
So ist es! Genau!)

indem sie deren unbequemen demokratischen Willen für illegitim erklären wollen.

(Unruhe)

Dies hat die amtierende Landesregierung regelrecht zur Kunstform erhoben, indem sie inzwischen nicht nur einfach tut, was sie will, sondern sogar friedliche Andersdenkende als vermeintliche Staatsfeinde mit geheimdienstlicher Beobachtung bedroht.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD:  
Ja! Ein Wahnsinn! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner  
[fraktionslos]: Die Stasi!)

Nach Lage der Dinge muss hier die Verfassung greifen und eine Verfestigung eines solchen Exzesses verhüten,

(Vereinzelt Beifall)

indem sie die Verwandlung von verliehener institutioneller Macht in Gewohnheitsmacht und Machtgewohnheit unterbindet.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

Wir möchten das politische System wieder für den Willen der Bürger öffnen und damit die Legitimation des politischen Systems stärken. Nur das Wirken der Gewaltenteilung schützt die rechtsstaatlichen Garantien. Die Regierungsfractionen zeigen heute keinerlei Willen, den Machtanspruch der Exekutive einzugrenzen. Sie haben die Freiheit der Bürger, das Prinzip der Gewaltenteilung vergessen, ja halten das für vollkommen überflüssig.

(Emil Sätze)

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so sieht es aus!)

Wir möchten eine klare, saubere, unparteiliche Begrenzung des exekutiven Amtes, die der Verknöcherung der politischen Verhältnisse durch Dauermajoritäten entgegenwirkt, die sich ihrerseits ergebnisoffenen Sachdebatten verweigern und sich zusehends nur noch als parlamentarisches Verkündungsorgan des Regierungswillens verstehen und gerieren.

Der Schlüssel zur Selbstentmachtung des Parlaments liegt nach Ansicht der AfD-Fraktion in der Verfestigung exekutiver Personalkontinuitäten über eine Dekade hinaus. Wo die Gewaltenteilung durch allzu kontinuierliche Personenverbände, deren Interesse leidet und im mindesten Fall deren Betriebsblindheit zunimmt, muss die Verfassung dem berechtigten Vertretungsanspruch der Bürger zu Hilfe kommen und ein Gehörtwerden wieder ermöglichen.

(Vereinzelt Beifall)

Ein durch die unparteiliche Landesverfassung vorgeschriebener Bruch überlanger Kontinuitäten bedeutet insbesondere für die parlamentarische Mehrheit einen deutlichen Realitätscheck. Wer als Regierungsfraktion durch die Verfassung regelmäßig erforderliche Personalentscheidungen treffen muss, wird wenigstens alle zehn Jahre wieder einmal mit dem Bürger konfrontiert.

(Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD: So ist es! Genau!)

Das, was die USA erfolgreich verwirklichen und praktizieren, kann den Bürgern von Baden-Württemberg nur billig sein. Auch Bürger unseres Landes wollen in ihrer eigenen Heimat als das Staatsvolk, als der Souverän wieder ernst genommen werden. Dazu wollen wir sie ermächtigen, indem wir eine übermächtige und gegen die Anliegen der Bürger leider oft achtlos, wenn nicht gar rücksichtslos und verächtlich gewordene Exekutive mit den Mitteln der Verfassung dazu bringen, sich mit dem Staatsvolk und seinen Sorgen seriös auseinanderzusetzen. Dies dient dem Ansehen der Politik und stärkt entschieden und notwendig die demokratische Kultur.

(Beifall)

Deshalb sind wir heute hier. Haben Sie den Mut, diesen Gesetzentwurf zu begleiten und positiv zu entscheiden.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Kollege Hentschel, Sie sind nun gleich für die Grünen dran.

**Abg. Thomas Hentschel GRÜNE:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Kollegen von der AfD haben offenkundig die Prinzipien der parlamentarischen Demokratie nicht so richtig verstanden.

(Lachen – Zuruf)

Das ist jedenfalls das Ergebnis, welches ich gerade dieser Rede entnommen habe.

(Beifall)

Der Gesetzentwurf von Ihnen, der AfD-Fraktion, ist ein durchsichtiges Wahlkampfmanöver, mehr nicht. Wenn es Ihnen wirklich aus sachlichen Gründen darum gegangen wäre, diese Frage zu diskutieren, dann hätten Sie das zu Beginn der Legislaturperiode in die Diskussion eingebracht und nicht jetzt am Ende, direkt vor den Wahlen.

(Zuruf: Pseudoargumentation!)

Ihnen geht es nämlich gar nicht darum, irgendwelche Mehrheiten zu bekommen, sondern es geht Ihnen nur darum, sich künstlich zu empören. Das haben wir bei der vorherigen Rede sehr deutlich hören können.

(Zurufe)

Der Gesetzentwurf ist aber auch in der Sache falsch. Die Zeit der Regierungen und der Parlamente ist in der parlamentarischen Demokratie bekanntlich begrenzt. Es ist immer nur Macht auf Zeit. Alle fünf Jahre stimmen die Bürgerinnen und Bürger darüber ab, ob die nächste Wahlperiode sozusagen mit demselben Personal bestritten werden soll oder nicht. Das ist etwas, was Sie hier leugnen. Daran müssen Sie sich aber gewöhnen, dass es so ist.

Allein durch die dritte Wiederwahl eines Ministerpräsidenten kommt diesem keine höhere Machtfülle zu. Denn er ist vom Beginn bis zum Ende der Legislaturperiode darauf angewiesen, entsprechende Mehrheiten im Parlament zu haben.

Sie sprechen in Ihrer Begründung von einer Monopolisierung von Macht durch die Exekutivspitze sowie von einer Schwächung der demokratischen Institutionen und Verfahren. Das ist, finde ich, schon mal ziemlich scharfer Tobak gegenüber den Ministerpräsidenten, die hier im Land schon erfolgreich waren, z. B. Erwin Teufel. Aber es ist vor allem ein harter Schlag gegen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier insbesondere des kommenden Landtags, denen Sie absprechen, dass sie noch eigenständig handeln können. Das finde ich ein sehr starkes Stück.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Udo Stein AfD: Das ist Ihre Interpretation!)

Es ist vor allem aber – das müssen wir an dieser Stelle konstatieren – ein Versuch, den Bürgerinnen und Bürgern die Selbstbestimmung abzusprechen.

Geschwächt werden die demokratischen Institutionen in Wahrheit dadurch, dass Sie systematisch die Institutionen und deren Funktionen schlechtreden, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen von der AfD. Sie versuchen laufend, das Vertrauen in die Institutionen zu untergraben. Der Vorschlag, die Amtszeit des Ministerpräsidenten zu beschränken, ist nur ein weiterer Versuch dazu. In Wahrheit ärgern Sie sich doch nur darüber, dass Ihre Halbwahrheiten und Ihre populistischen Reden der Souveränität unseres Ministerpräsidenten nichts anhaben können.

Damit bin ich aber bei dem wichtigsten Grund für eine Ablehnung der Beschneidung der Amtszeiten des Regierungsoberhauptes: Damit Politik überhaupt nachhaltig wirken kann, ist es wichtig, dass die Repräsentanten auf Erfahrungen zurückgreifen können und diese auch ausstrahlen. Genau das

(Thomas Hentschel)

können die Wählerinnen und Wähler in der nächsten Wahl entscheiden: ob sie denen das Vertrauen aussprechen wollen, die die Erfahrung auch tatsächlich haben. Ihr Gesetzentwurf ist ein Gesetzentwurf, der aus Neid und Missgunst gemacht ist. Wir werden ihn ablehnen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Kollegin Gentges, Sie haben das Wort.

**Abg. Marion Gentges** CDU: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der AfD befasst sich mit der Frage nach einer Verfassungsänderung zur Begrenzung der Amtszeit des Ministerpräsidenten auf zehn Jahre.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Gut gelesen!)

Die Frage nach einer Amtszeitbegrenzung für Regierungschefs ist vom Grunde her durchaus eine, über die es sich zu reden lohnt. Die Idee ist weder neu,

(Zuruf: Nö!)

noch stammt sie von der AfD. Nicht ohne Grund sind weite Teile der Begründung des Gesetzentwurfs aus einer Initiative der Bayerischen Staatsregierung abgeschrieben.

(Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

Sie hätten auch die Junge Union, Sie hätten unseren Fraktionsvorsitzenden oder auch die CDU-Spitzenkandidatin zitieren können.

(Zurufe, u. a.: Dann machen Sie das doch! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Jetzt fragen Sie, warum ich das nicht tue. Schauen Sie, ich bin nicht Schneewittchen.

(Zuruf)

Ich erkenne einen Apfel, wenn er vergiftet ist –

(Heiterkeit und Beifall – Zurufe)

genau das ist Ihr Gesetzentwurf.

In der Geschichte des Landes Baden-Württemberg waren nur drei Ministerpräsidenten länger als zehn Jahre im Amt,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Alle mit unrühmlichem Abgang!)

darunter Erwin Teufel in der Zeit von 1991 bis 2005.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da hat es Ohrfeigen gesetzt!)

Darin dürfte nicht wirklich der Grund für diesen Gesetzentwurf liegen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da hat es Ohrfeigen gesetzt!)

46 Tage vor der Landtagswahl geht es erkennbar auch nicht um die ernsthafte Befassung mit einer grundsätzlichen Frage, sondern um konkrete Personen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Das ist eine Unterstellung!)

Dann sagen Sie doch, dass das Land einen neuen Ministerpräsidenten braucht – ich würde sagen: eine neue Ministerpräsidentin.

(Heiterkeit und Beifall – Zurufe, u. a.: Auch gut! – Sehr gut!)

Das wird dann dem Thema aber wieder nicht gerecht. Deshalb lehnen wir Ihren Entwurf ab. Essen Sie Ihren vergifteten Apfel allein!

(Beifall – Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe, u. a.: Genau! – Sehr gut! – Abg. Winfried Mack CDU: Damit Sie auch morgen noch kraftvoll zubeißen können! – Abg. Emil Sänze AfD: Uns geht es nur um die demokratische Entwicklung, euch nicht mehr!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Gall, Sie haben jetzt das Wort.

**Abg. Reinhold Gall** SPD: Werte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Auch die SPD-Fraktion wird den Gesetzentwurf ablehnen, schon deshalb, weil ein Gesetz mit einer solchen Tragweite – es hätte eine große Tragweite – nicht im Hauruckverfahren am drittletzten regulären Sitzungstag einer Legislaturperiode auf den parlamentarischen Weg gebracht werden kann, ohne dass zuvor eine breite inner- und außerparteiliche Diskussion stattgefunden hat.

Meine Damen und Herren, Frau Gentges, Debatten über Amtszeitbegrenzungen von Mandatsträgern, von Staatsoberhäuptern, von Regierungschefs gibt es in der Tat seit Langem. Das ist eine uralte Diskussion, die schon im alten Griechenland oder im antiken Rom geführt wurde.

Sie haben es angesprochen: Im Jahr 2018 wurde eine solche Diskussion von Herrn Söder auf den Weg gebracht – wobei damit durchaus auch Wahlkampfpolitik verbunden war; das ist keine Frage.

Entgegen der landläufigen Meinung – das will ich allerdings auch sagen – besteht in der amerikanischen Verfassung eine Amtszeitbegrenzung nicht schon seit jeher, sondern erst seit 1947. Warum erwähne ich das? Weil auch dies deutlich macht, dass eine Amtszeitbegrenzung schon immer auch strittig diskutiert worden ist. Es gibt dabei nämlich Argumente für, meines Erachtens aber auch wider eine solche Regelung.

Erstaunlich finde ich aber wirklich – auch das will ich sagen, um noch kurz bei Amerika zu bleiben –, dass es sich seit 1789 bis zum Zweiten Weltkrieg alle amtierenden Präsidenten zu eigen gemacht hatten, aus eigenen Stücken nur zweimal zu kandidieren;

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Einer nicht!)

dies war dann bis zu Roosevelt der Fall. Das finde ich tatsächlich bemerkenswert. Offensichtlich haben sich diese Präsidenten eines der Demokratieprinzipien zu eigen gemacht, nämlich dass die Vergabe von Herrschaft und damit deren Inanspruchnahme stets nur auf Zeit zu erfolgen hat.

(Reinhold Gall)

Diesem Grundprinzip trägt bei uns in Deutschland die regelmäßige Wiederkehr von Wahlen Rechnung; die Wahlperioden dauern, je nach Ebene, vier oder fünf Jahre. Dies sichert den Bürgern Souveränität; das ist, glaube ich, unbestritten.

Trotzdem stellt sich auch für mich die Frage, ob eine häufige Wiederwahl – zumal dann, wenn sie nicht durch das Volk direkt erfolgt, sondern durch die Parlamente, etwa durch den Bundestag oder in diesem Fall durch den Landtag – der Kanzlerin bzw. des Kanzlers oder von Ministerpräsidentinnen oder Ministerpräsidenten dem Demokratieprinzip „Herrschaft nur auf Zeit“ wirklich noch gerecht wird.

Ich finde, darüber kann man diskutieren, Herr Kollege Hentschel; darüber haben die Grünen ja auch schon häufig diskutiert, und dabei wurden sehr unterschiedliche Meinungen vertreten.

(Zuruf)

Führen lange Amtszeiten nicht tatsächlich zu einer Monopolisierung von Macht, auch innerparteilicher Macht? Und trägt nicht auch dies, ein Stück weit jedenfalls, zur Politikverdrossenheit bei?

Sie alle kennen Begriffe wie Seilschaften, Vetternwirtschaft, Filz. Es gibt auch Beispiele dafür, dass so etwas existiert.

Zumindest aus meiner Sicht spricht für eine Amtszeitbegrenzung, dass eine zu lange Amtszeit der Regierungschefs schon auch eine Schwächung der Legislative bedeutet. Machen wir uns da nichts vor! Dies wurde ja auch schon angesprochen. Auf der anderen Seite spricht dagegen, dass dann, wenn Amtszeiten zu kurz sind, der Machteinfluss – das sollte man nicht unterschätzen – der Ministerialbürokratie deutlich größer wird oder zumindest werden kann. Ob dies gewollt wird, wage ich ebenfalls zu bezweifeln.

Sie sehen, meine Damen und Herren: Meine eigene Meinungsbildung zum Thema „Begrenzung von Amtszeiten“ ist nicht abgeschlossen. Als Mandatsträger werde ich mich an weiteren Debatten hierüber auch nicht mehr beteiligen können, da ich ja nicht mehr kandidiere. Deshalb erlaube ich mir zum Schluss einfach die Bitte an diejenigen, die dem nächsten Landtag ebenfalls wieder angehören werden, sich mit diesem Thema von Beginn an ausführlich zu beschäftigen, das Für und das Wider abzuwägen – beispielsweise in einer Enquetekommission – und zu prüfen, ob dies eine der Maßnahmen sein könnte, um unsere Demokratie zu stärken – während andere ja versuchen, sie zu schwächen.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Kern, Sie haben das Wort für die FDP/DVP-Fraktion.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein epochaler Gesetzentwurf der AfD –

(Vereinzelt Beifall)

wahrscheinlich genauso epochal wie die Rede des Abg. Sänze.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Den Gesetzentwurf hat die AfD im Wortlaut von der CSU in Bayern abgeschrieben.

(Abg. Emil Sänze AfD: Das kann man ja nicht verbieten!)

So etwas hat sie schon einmal gemacht, etwa, als sie den polizeilichen Gewahrsam – also ohne Strafurteil – unendlich ausweiten wollte. In Bayern fand damals der Gesetzentwurf nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit, weil bis auf die CSU alle Fraktionen dagegen waren.

Die Debatte, ob eine Amtszeitbegrenzung für Ministerpräsidenten sinnvoll ist oder nicht, kann man durchaus sachlich führen. Die AfD bedient sich aber in der Begründung doch der üblichen Stereotypen wie z. B. – Zitat – „die Schwächung der demokratischen Institutionen und Verfahren“. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die AfD in diesem Haus sollte vielmehr selbst in den Spiegel schauen, denn sie ist es, die Woche für Woche versucht, das bestehende freiheitlich-demokratische System zu delegitimieren.

(Beifall – Zurufe der Abg. Anton Baron und Bernd Gögel AfD)

In der Sache gibt es aus unserer Sicht Argumente für, aber auch gegen eine Amtszeitbegrenzung. Ein regelmäßiger personeller Wechsel kann sicher zu neuem Denken und frischen Ideen führen. Amtszeitbegrenzungen sind aber aus meiner Sicht eher für präsidiale Systeme sinnvoll, da dort die entsprechenden Ämter durch direkte Wahl vergeben werden.

Die praktische Notwendigkeit beim Posten der Ministerpräsidenten ist überschaubar. Derzeit befinden sich gerade mal zwei Ministerpräsidenten in ihrer dritten Amtszeit, nämlich Volker Bouffier und Dietmar Woidke. Malu Dreyer, Reiner Haseloff und Winfried Kretschmann streben eine Wiederwahl für die dritte Amtszeit an. Das sind drei Amtsinhaber von insgesamt 16. Man kann also über das Thema kontrovers diskutieren.

Aber der Gesetzentwurf der AfD ist dennoch klar abzulehnen. Da die AfD anstrebt, dass die Amtszeitbegrenzung am Tag nach der Verkündung des Gesetzes in Kraft treten soll, will sie wohl eher auf der Zielgeraden vor der Landtagswahl durch eine Gesetzesänderung einem politischen Mitbewerber die Möglichkeit zur Wahl nehmen. Das ist billig, unredlich und durchschaubar – also typisch für die baden-württembergische AfD. Daher lehnen wir den Gesetzentwurf ab.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, es liegen mir keine weiteren – Herr Abg. Dr. Gedeon, ist das doch noch eine Wortmeldung?

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Freunde von der AfD, ich will nur kurz sagen, warum ich euren Entwurf auch nicht unterstütze. Es ist eine Ablenkung vom Eigentlichen, wenn man ein inhaltliches Problem formal lösen will. Ich teile die Kritik an der Regierung, an den Grünen natürlich voll und ganz. Aber das Problem kann man nicht dadurch lösen, dass man –

(Dr. Wolfgang Gedeon)

sozusagen ein formaler Trick – die Amtszeitverkürzung durchgesetzt.

Solange die Möglichkeit der Abwahl besteht, ist es völlig legal und demokratisch, wenn man hier weitere Amtszeiten möglich macht. Man übergibt dem Wähler mehr Verantwortung. Andererseits nimmt man ihm die Verantwortung, wenn man sagt, er dürfe denjenigen nicht mehr wählen, den er vielleicht wählen will. Auch wenn ich Kretschmann für noch so schlecht halte: Wenn die Wähler ihn wollen, dann sollen sie ihn halt wählen. Das ist dann die Verantwortung der Wähler. Ich will nicht die Wähler entmündigen, sondern diese müssen dann auslöffeln, was sie sich selbst einbrocken.

(Abg. Anton Baron AfD: Das waren ja nicht die Wähler! Das war der Landtag!)

Das Gleiche gilt für die Legislative. Hier wird ständig gejammert. Wir können Kretschmann jederzeit absetzen,

(Abg. Anton Baron AfD: Er wird doch aber nicht direkt gewählt!)

wenn wir wollen, meine Damen und Herren. Wir können mit einfacher Mehrheit die Regierung nach Hause schicken.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Das kann der Landtag hier machen.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist also ein Manöver, das von den Möglichkeiten des Landtags, von den Möglichkeiten des Wählers ablenkt, und das haben wir nicht nötig, liebe Freunde von der AfD. Wir haben inhaltlich genügend zu bieten, um diese Schrottpolitik, diese grüne – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Gedeon, sind Sie dann fertig?

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Ja, ich will mir aber meinen Schlusssatz nicht noch kaputt machen lassen.

Wir haben es also nicht nötig, so eine rot-grüne Politik mit formalen Mätzchen zu liquidieren.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Nicht „rot-grün“!)

Vielmehr haben wir genügend Argumente hier, Kretschmann und Merkel nach Hause zu schicken. Das ist eine inhaltliche Sache.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Danke schön.

(Zurufe – Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

(Zuruf)

Jetzt habe ich keine Wortmeldung mehr übersehen. Herr Innenminister Strobl verzichtet auf einen Wortbeitrag. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 16/9542 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 5** der Tagesordnung:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz über ein Transparenzregister (Transparenzregistergesetz – TRegG) – Drucksache 16/9738**

(Zuruf)

– Herr Abg. Sänze, wir sind schon beim nächsten Tagesordnungspunkt.

(Zuruf)

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung drei Minuten und für die Aussprache drei Minuten je Fraktion.

Die Initiatoren dieses Gesetzentwurfs sind übereingekommen, sich die Redezeit für die Begründung aufzuteilen.

Zuerst hat Herr Abg. Sckerl für die Fraktion GRÜNE das Wort.

**Abg. Hans-Ulrich Sckerl** GRÜNE: Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Jahren und verstärkt noch einmal während der Coronapandemie ist deutlich geworden, wie anspruchsvoll unser demokratisches Zusammenleben ist und wie schnell demokratische Verfahren und Institutionen infrage gestellt werden können.

Vertrauen in die Demokratie und ihre Gremien ist die wichtigste Voraussetzung dafür, dass politische Entscheidungen – egal, welches Gremium sie trifft: der Bundestag, der Landtag oder auch ein Kommunalparlament – anerkannt werden und Bestand haben. Deswegen müssen wir immer aktiv daran arbeiten, dieses Vertrauen zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Vertrauen erfordert Offenheit und Glaubwürdigkeit. Ich glaube, dass der vorliegende Gesetzentwurf ein Beitrag dazu ist, Glaubwürdigkeit und Offenheit zu stärken. Wir machen einen großen Schritt zu mehr Transparenz in der Landespolitik.

Auch wenn diese Wahlperiode jetzt zu Ende geht und dieses Gesetz auf die künftige Wahlperiode zielt, ist es, wie ich glaube, ein wichtiges Vorhaben. Für meine Fraktion ist es die Erfüllung eines Vorhabens, das wir schon lange mit uns tragen und immer wieder formuliert haben, nämlich dass öffentliche Entscheidungen und Verfahren nachvollziehbarer werden, weil sie ja insgesamt auch komplex geworden sind.

Wir stärken die Interessenvertretung im Landtag. Es geht also nicht darum – wie manchmal irrtümlich gemeint wird –, eine legitime Interessenvertretung zu beschränken, sondern darum, sie für Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar zu machen. Es geht darum, nachvollziehbar zu machen, wie politische Entscheidungen zustande kommen. Sie haben einen

(Hans-Ulrich Sckerl)

Anspruch darauf, zu erfahren, welche Personen z. B. an Entscheidungsfindungen mitwirken.

Ich glaube auch, dass wir, die demokratischen Fraktionen dieses Hauses, mit diesem Gesetzentwurf gemeinsam eine Vorreiterrolle nicht nur in Baden-Württemberg, sondern in ganz Deutschland einnehmen. Gesetzliche Regelungen gibt es bisher in vier Bundesländern, aber kein Gesetz reicht in seinen Auswirkungen so weit wie dieser Gesetzentwurf.

(Abg. Anton Baron AfD: Das heißt nicht immer etwas Gutes!)

Der Bund muss ja noch liefern. Er hat auch ein aus unserer Sicht ganz ordentliches Gesetz vorgelegt, es aber noch nicht beschlossen.

Wir freuen uns, dass es den demokratischen Fraktionen in diesem Haus gelungen ist, diesen Gesetzentwurf gemeinsam einzubringen.

(Abg. Carola Wolle AfD: Den sogenannten demokratischen Fraktionen!)

Es ist ein gutes Zeichen, wenn wir bei solchen Themen – bei allen unterschiedlichen Positionen, die es auch da immer wieder gibt – in der Lage sind, Kompromisse zu erzielen. Ich glaube, das Parlament beweist damit gerade auch in schwierigen Zeiten seine Handlungsfähigkeit. Deswegen vielen Dank dafür.

(Beifall)

Es ist völlig klar, dass jede Fraktion nachgegeben hat – das werden wir in der Debatte auch noch feststellen – und sich noch etwas anderes hätte vorstellen können. Das gilt auch für uns. Wir hätten uns an der einen oder anderen Stelle etwas anderes vorstellen können, z. B. eine schärfere Sanktionierung bei vorsätzlichen Verstößen gegen die Eintragungspflicht und einiges andere mehr. Aber der Gesetzentwurf ist mehr als ein kleinster gemeinsamer Nenner; denn dieser kleinste gemeinsame Nenner kann sich wirklich sehen lassen.

Sie kennen die Eckpfeiler dieses Gesetzentwurfs. Wesentlich ist für uns, dass er einen entscheidenden Schritt darüber hinausgeht, dass er nämlich nicht nur die parlamentarische Interessenvertretung regelt, sondern zum ersten Mal auch eine „exekutive Fußspur“ in einem Parlament und für eine Landesregierung festlegt. Die Landesregierung wird dazu zu Beginn der nächsten Wahlperiode Vorstellungen entwickeln müssen.

Zum Schluss sei gesagt: Wir freuen uns auf die morgige Anhörung im Ständigen Ausschuss, erhoffen uns davon von hochrangigen Expertinnen und Experten weitere Hinweise.

Herzlichen Dank sage ich ganz persönlich an die Kollegin Nicole Razavi sowie an die Kollegen Reinhold Gall, Boris Weirauch und Timm Kern für die gute Zusammenarbeit. Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist dieser Gesetzentwurf.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Abg. Razavi spricht nun für die CDU-Fraktion.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! So transparent wie möglich, so schlank wie möglich und so wenige Ausnahmen wie möglich, das waren die Ziele, mit denen meine Fraktion, die CDU-Fraktion, in die Beratungen über ein Transparenzregister gegangen ist. Ich kann sagen: Wir sind mit dem Ergebnis sehr, sehr zufrieden; wir können es in jedem einzelnen Punkt unterstützen.

Der Landtag von Baden-Württemberg geht voran, und zwar nicht nur beim Pandemiegesetz, sondern auch jetzt mit dem Gesetzentwurf zur Einführung eines Transparenzregisters. Wir führen deutschlandweit – Uli Sckerl hat es gesagt – die erste weitreichende gesetzliche Regelung ein, um Interessenvertretungen transparent und nachvollziehbar zu machen.

Warum tun wir das? Interessenvertretung im besten Sinn ist uns wichtig, und sie ist notwendig, damit wir Abgeordneten wissen, wie unsere Entscheidungen, wie unsere Gesetzentwürfe auf die Breite der Gesellschaft wirken, und damit wir auch abwägen können.

Wir wollen aber, dass die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen und einsehen können, welche Organisationen, welche Verbände mit dem Parlament sprechen und ihre Interessen vertreten. Deshalb führen wir eine Registrierungspflicht für Organisationen und Verbände ein. Ihre Kontaktaufnahme mit dem Parlament und der Landesregierung wird sich durch dieses Gesetz ändern. Wir tun das aber, ohne Hürden zwischen Bürgerinnen und Bürgern einerseits und Abgeordneten andererseits aufzubauen, ohne die Arbeit in den Wahlkreisen zu beeinträchtigen.

Das eine zu tun, ohne das andere zu verhindern, das zu ermöglichen war in der Tat in unseren Beratungen nicht einfach. Aber gerade das ist für mich und meine Fraktion ein ganz zentraler Punkt gewesen. Der freie Zugang zu uns Abgeordneten muss erhalten bleiben. Die Bürgerinnen und Bürger, die Feuerwehr, der Sportverein, sie müssen weiterhin direkt auf uns zukommen können.

(Beifall)

Ihnen und den von Ehrenamtlichen getragenen Verbänden und Vereinen möchte ich zurufen: Die CDU-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass die Landtagsverwaltung durch ein umfangreiches Informationsangebot und direkte Hilfestellungen niemanden in dieser Frage alleinlassen wird. Das Transparenzregister darf nicht dazu führen, dass sich Organisationen und Verbände nicht mehr bei uns zu Wort melden werden. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir mit einem ausgewogenen Gesetzentwurf das Ziel auch erreicht haben.

Dass die Ausnahmen von der Registrierungspflicht auf ein absolutes Minimum beschränkt wurden und dass auch die Landesregierung mit erfasst und verpflichtet wird, sich eine „exekutive Fußspur“, wie wir es genannt haben, zu geben, sind zwei weitere Punkte, die uns wichtig waren.

Kurzum: Durch eine offene Diskussion ist es uns gelungen, eine moderne, wegweisende sowie schlanke und handhabbare Regelung zu schaffen. Wir schränken Interessenvertretungen nicht ein, wir setzen aber ganz verbindliche Leitplanken.

Ich glaube, alle Fraktionen, die an der Erstellung mitgewirkt haben, können sich in diesem Gesetzentwurf wiederfinden. Das ist wichtig für eine breite Akzeptanz.

(Nicole Razavi)

Liebe Kollegen parlamentarische Geschäftsführer – lieber Uli Sckerl, lieber Reinhold Gall und lieber Timm Kern –, wir haben erneut gezeigt: Wo sich Gestaltungswille mit konstruktivem Sachverstand zusammenfindet, kann etwas Gutes entstehen. Vielen Dank für die sehr ernsthaften, sehr zielorientierten und auch sehr freundschaftlichen Beratungen – hier, aber auch bei allen anderen Themen in den vergangenen fünf Jahren. Bedanken möchte ich mich auch bei unseren Beraterinnen und Beratern für ihre engagierte und immer kluge Begleitung. Ich glaube, auf die geleistete Arbeit der Fraktionen guten Willens in diesem Haus kann dieses Hohe Haus wirklich stolz sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Weirauch, als Nächster haben Sie das Wort für die SPD.

**Abg. Dr. Boris Weirauch SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Regierungsfractionen in den vergangenen viereinhalb Jahren trotz Ankündigung im Koalitionsvertrag nichts zuwege gebracht haben im Sinne eines Transparenz- oder Lobbyregistergesetzes, haben wir als Oppositionsfraction im Dezember einen eigenen Gesetzentwurf für ein Lobbyregister in den Landtag eingebracht, um ein bisschen Schwung in die Debatte zu bringen. Für uns war es auch eine Frage der Integrität und der Glaubwürdigkeit, den Einfluss von Lobbyisten auf politische Entscheidungsprozesse in Regierung und Parlament transparent und verbindlich zu regeln.

Während man – das muss man an dieser Stelle nochmals sagen – bei Grün-Schwarz das Thema offenbar aussitzen wollte,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt doch nicht!  
Herr Weirauch!)

hat dieser Entwurf anscheinend zu einem Umdenken bei der Regierungskoalition geführt. Wir haben über den Jahreswechsel – Kollege Sckerl und auch Sie, Frau Razavi, haben das gesagt – harte Verhandlungen geführt. Das war nicht immer einfach, aber wir kamen dann am Schluss zu einem guten Ergebnis. Wir haben, wie gesagt, gemeinsame Verhandlungen geführt und uns dann mit den Regierungsfractionen und mit der FDP/DVP auf einen, wie ich finde, guten Kompromiss geeinigt, auch wenn ich als Mitglied der SPD-Fraction betonen möchte, dass wir uns an der einen oder anderen Stelle durchaus einen engeren Rahmen für die Tätigkeit von Lobbyisten – insbesondere gegenüber der Landesregierung – und vor allem stärkere Sanktionsmöglichkeiten gewünscht hätten.

Auch wenn das jetzt ein gemeinsamer Entwurf ist, verdanken wir dieses Gesetz in erster Linie der Arbeit und Beharrlichkeit unserer Fraction.

(Vereinzelt Lachen)

Das ist bereits der zweite Vorstoß aus den Reihen der demokratischen Opposition nach der Thematik im Frühjahr, als es darum ging, im Prinzip ein eigenes Pandemiegesetz auf den Weg zu bringen. Dabei hat die FDP/DVP quasi den Aufschlag

gemacht und sind wir, die SPD, mit einem weiteren Gesetzentwurf dazugekommen.

Baden-Württemberg ist sowohl beim Lobbyregistergesetz, das wir jetzt beschließen werden, als auch beim Pandemiegesetz nach wie vor Vorreiter in der Bundesrepublik Deutschland. Unser Landesparlament ist das einzige, das beide Gesetze im Prinzip beschließen wird.

Ich möchte bei aller Differenz, die wir jetzt aufgezeigt haben, aber auch festhalten, dass die Beispiele deutlich machen, dass die demokratischen Fractionen hier im Landtag bei wichtigen Fragestellungen, die das parlamentarische Selbstverständnis betreffen, in der Lage sind, eine Einigung zu erzielen und letztendlich gemeinsame Gesetzentwürfe einzubringen. Das ist wirklich eine beachtliche Leistung, wie ich finde.

In den Verhandlungen konnten wir erreichen, dass man sich auch unseren Forderungen angeschlossen hat. Da wäre z. B. – der Kollege Sckerl hat es gesagt – die Einbeziehung der Landesregierung im Rahmen einer sogenannten exekutiven Fußspur zu nennen. Außerdem war für uns auch wichtig, Institutionen mit Verfassungsrang – beispielsweise die kommunalen Landesverbände, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften – von dem Regelungsrahmen dieses Gesetzes auszunehmen.

Wir machen aber auch keinen Hehl daraus – ich hatte es bereits gesagt –, dass wir bei der Deklaration der Sanktionen beispielsweise gern einen Ordnungswidrigkeitstatbestand gehabt hätten. Aber das haben wir im Endeffekt nicht durchsetzen können. Wir werden sehen, was die weitere Diskussion bringt.

(Abg. Anton Baron AfD: Beutegemeinschaft!)

Ungeachtet dessen betrachten wir den gemeinsamen Gesetzentwurf als einen guten Aufschlag mit Wirkung zur neuen Legislaturperiode, demokratische Willensbildungsprozesse in Baden-Württemberg transparenter und besser nachvollziehbar abzubilden und dadurch wesentlich zu verbessern. Wir würden uns wünschen und werden uns in der nächsten Legislaturperiode auch dafür starkmachen, dass der Landtag den in § 3 Absatz 1 Satz 3 vorgesehenen verbindlichen Verhaltenskodex beschließt, der die Grundsätze der Offenheit, Transparenz, Ehrlichkeit und Integrität beinhaltet, und dieser dann in Form eines verbindlichen, einheitlichen Verhaltenskodexes für die Wahrnehmung der Interessenvertretung im Landtag verpflichtend wird.

Ich habe es bereits gesagt: Wir setzen bundesweit ein entsprechendes Zeichen. Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das so einen starken und verbindlichen Rechtsrahmen für die Interessenvertretung im Landtag und gegenüber der Regierung schafft.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich auch im Namen von Reinhold Gall, unserem parlamentarischen Geschäftsführer, bei den anderen Fractionen, namentlich Herrn Sckerl, Frau Razavi und Herrn Dr. Kern, zu bedanken und insbesondere auch die parlamentarischen Beraterinnen und Berater einzuschließen, die auch über den Jahreswechsel wirklich Beachtliches geleistet haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Eigenlob stinkt!)

(Dr. Boris Weirauch)

Ich glaube, wir können heute auch als Landtag insgesamt stolz sein, dass wir diesen Gesetzentwurf auf den Weg bringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Jetzt darf ich Herrn Abg. Dr. Kern für die FDP/DVP das Wort erteilen.

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war nicht selbstverständlich, dass heute ein gemeinsamer Vorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP beraten wird. Wir alle wollten mehr Transparenz, hatten aber unterschiedliche Vorstellungen. Am Ende mussten auch alle Kompromisse machen. Aber das Ergebnis lässt sich durchaus sehen. Unsere Vorstellungen haben wir bei den Beratungen des SPD-Gesetzentwurfs bereits deutlich gemacht. Lobbyarbeit ist nichts Verwerfliches, sondern im Gegenteil für die politische Arbeit erforderlich, um Kenntnis von verschiedenen Interessen zu erhalten.

Wir Freien Demokraten haben folgende Anforderungen an ein Lobbyregister:

Erstens: Wir wollen möglichst wenig Ausnahmen; denn jede Ausnahme schränkt die Transparenz ein.

Zweitens: keine Umgehungsmöglichkeiten für vermeintlich gute oder weniger gute Lobbyarbeit.

Drittens: Der Zugang für Bürgerinnen und Bürgern zu ihren Abgeordneten darf nicht eingeschränkt werden.

Viertens: Es darf keine übertriebenen Anforderungen an zu machende Angaben durch die Organisationen geben. Gemacht werden sollen vielmehr nur solche, die wirklich für den Zweck größerer Transparenz erforderlich sind. Vereinen darf folglich nicht noch mehr Bürokratie aufgebürdet werden.

Fünftens: Auch die Tätigkeit der Regierung muss erfasst sein, da diese die meisten Gesetzentwürfe, die schließlich angenommen werden, vorlegt.

Wenn man sich den vorliegenden Entwurf anschaut, sieht man: Jeder dieser Punkte ist verwirklicht. Manche Formulierungen und Gestaltungen des Gesetzentwurfs wird man möglicherweise nach der Anhörung noch einmal anpassen.

Als Abgeordneter stutzt man auch über so manche Formulierung. Dass etwa gemäß § 3 Absatz 3 Nummer 3 eine Eintragungspflicht – Zitat –

*im Rahmen der Wahrnehmung eines öffentlichen Amtes oder Mandates*

nicht bestehen soll, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Denn die Tätigkeit als Abgeordneter kann kein Thema eines Lobbyregisters sein, da sie durch den Grundsatz des freien Mandats geschützt wird. Insoweit betrachtet meine Fraktion diesen Punkt als deklaratorisch.

(Beifall)

Insgesamt aber haben die vier Fraktionen mit diesem Gesetzentwurf bewiesen, dass die demokratischen Kräfte in diesem

Haus konstruktiv miteinander zusammenarbeiten können. Deshalb auch mein herzlicher Dank an die PGF-Kollegin und -Kollegen der anderen Fraktionen.

Wir sind nun gespannt auf die Anhörung. Mit dem Gesetzentwurf betreten wir Neuland, auch weil die drei Bundesländer, die bereits ein Lobbyregister haben, dies über die Geschäftsordnung geregelt haben.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Änderungen sind also noch möglich, aber klar ist: Demnächst wird es mehr Transparenz bei der Parlamentsarbeit geben, und das ist für uns alle ein wichtiges Signal.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Abg. Wolle, Sie haben das Wort.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Gesetz über ein Transparenzregister“: Man höre und staune. Transparenz über die Aktivität von Lobbyisten im Landtag von Baden-Württemberg soll geschaffen werden. Warum nennt man das Gesetz dann nicht auch so? Ah, man will verschleiern, dass die AfD bereits im September 2020 einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung zur Einführung eines Lobbyregisters eingebracht hatte.

(Beifall – Abg. Bernd Gögel AfD: Hört, hört!)

Das ist typisch für die sogenannten Demokraten und ist für alle durchschaubar. Demokratie geht anders, meine Damen und Herren. Daher freue ich mich, hier jetzt und wiederholt feststellen zu können: AfD wirkt auch hier in Baden-Württemberg.

(Beifall)

Seit Jahren ist hier immer wieder die Rede von Transparenz und Kontrolle von Lobbyisten. Doch erst durch unseren Antrag, durch den Antrag der AfD, wurde diese Regierung mit ihrer Scheinopposition aktiv.

(Vereinzelt Lachen – Abg. Anton Baron AfD: Beutegemeinschaft! – Unruhe)

Sie versuchten, unserem Änderungsantrag durch einen gemeinsam eingebrachten Gesetzentwurf auszuweichen. Was von dieser Zusammenarbeit zu halten ist, zeigt ganz klar die Tatsache, dass die SPD-Fraktion im Dezember 2020 mit einem eigenen Gesetzentwurf zum Thema Lobbyismus um die Ecke kam – deutlich nach der Vorlage unseres Antrags.

Ohne uns würden wir heute das Thema Lobbyismus nicht debattieren. Ohne uns könnten die Lobbyisten weiterhin verdeckt Einfluss auf die Politik hier in Baden-Württemberg nehmen –

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sollen wir mal nachfragen, wer bei Ihnen Einfluss nimmt? – Gegenrufe)

wie in Hessen, denn dort stand die Einführung eines Lobbyregisters bereits 2013 und 2018 im schwarz-grünen Koalitionsvertrag, ohne dass irgendetwas passiert wäre.

(Carola Wolle)

Wie sieht es in Baden-Württemberg aus? Ich zitiere aus einer Anfrage der AfD aus dem Jahr 2017:

*Die Landesregierung wird, wie im Koalitionsvertrag zwischen Grünen und CDU vereinbart, in enger Abstimmung mit den Fraktionen des Landtags die Einführung eines Lobbyismusregisters prüfen.*

Man prüft, man führt nicht ein. Man hat nicht das Ziel eines Einführens, meine Damen und Herren.

Ich stelle also fest: Es ist unser Verdienst, das Verdienst der Fraktion der AfD, dass zukünftig die Bürger im Land darüber informiert werden, wer im Landtag und in der Regierung ein und aus geht und Werbung in eigener Sache macht.

Inhaltlich werde ich mich, wie Sie jetzt schon feststellen, mit dem Gesetzentwurf bei der zweiten Lesung befassen. Im Übrigen ist es sehr interessant, dass Sie sehr viel von uns abgeschrieben haben, und streng genommen ist Ihr Gesetzentwurf ein Plagiat.

Danke schön.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Frau Staatsministerin Schopper, Sie haben das Wort für die Regierung.

**Staatsministerin Theresa Schopper:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Obwohl uns die Pandemie in Atem hält und die Landtagswahl vor der Tür steht, ist es trotzdem gelungen, einen interfraktionellen Gesetzentwurf vorzulegen. Ich sage ausdrücklich auch für die Landesregierung: Chapeau, dass dies gelungen ist,

(Abg. Bernd Gögel AfD: Es gab ja eine gute Grundlage!)

auch wenn Herr Weirauch – ich mag es immer, wenn er ein bisschen „bellt“ – noch entsprechende eigene Worte gefunden hat. Ich finde es wirklich sehr gut, dass dieser Gesetzentwurf noch kurz vor der Landtagswahl hier im Plenum beraten wird, es auch weitere Beratungen gibt und es noch zu einer Beschlussfassung kommt.

Wie gesagt, wir begrüßen die Gesetzesinitiative. Herzstück ist die Einführung eines Transparenzregisters, das vom Landtag geführt werden soll, worin sich Organisationen, Verbände eintragen, die mit der Politik dauerhaft und regelmäßig in Kontakt stehen. Dies soll in dem Register öffentlich und nachweisbar gemacht werden.

Ich glaube, es ist wichtig, festzuhalten – das haben auch schon andere Redner vorhin festgestellt –: Lobbyarbeit ist nicht anrühlich, und es ist nicht anrühlich, gegenüber der Landesregierung, den Abgeordneten, allen Vertreterinnen und Vertretern in der Politik tätig zu werden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Denn es ist auch wichtig – die politische Willensbildung fußt auch darauf –, dass wir die Kenntnis – auch die vertiefte Kenntnis – von dem, was aus Verbänden, aus Organisationen, aber auch aus der Zivilgesellschaft kommt, in einer lebendigen Demokratie aufnehmen.

Daher müssen politische Entscheidungsträger auch nah am Ohr der Menschen sein und dürfen Politik nicht aus dem Elfenbeinturm heraus gestalten. Das ist das, was wir von der Landesregierung – gerade Ministerpräsident Kretschmann – mit der Kultur der Beteiligungen und der Politik des Gehörtwerdens wirklich ausgiebig gemacht haben.

Daher sehe ich das Transparenzregistergesetz nicht als Widerspruch, sondern als Ergänzung und Absicherung dieser Politik, öffentlich und nachvollziehbar zu verdeutlichen, wer im Austausch mit dem Landtag und der Regierung steht. Somit kann man tatsächlich sagen: Es ist ein weiterer Schritt, um uns von dem abzugrenzen, was wiederholt in der Kritik stand, dass nämlich Gesetzentwürfe auf Bundesebene und vor allem auch im Europäischen Parlament aus Anwaltskanzleien stammen und dort geschrieben wurden. Das ist bei uns in der Landesregierung nicht so. Aber es ist so: Das Ganze wird ja gern über einen Kamm geschoren und in einem Topf verrührt. Da ist es wichtig, ganz klar Flagge zu zeigen, dass das nicht so ist und dass diese Fälle, die auch entsprechendes Skandalisierungspotenzial hatten, in Baden-Württemberg bisher in keiner Weise zutage treten.

Wir haben ja auch vonseiten der Landesregierung Regularien. Bevor Gesetzentwürfe in den Landtag eingebracht werden, finden im Vorfeld aufwendige Anhörungsverfahren statt. Das ist auch gut so, und daran wird überhaupt nicht gerüttelt.

Aber darüber hinaus überlegen wir noch einmal, ob man z. B. Workshops, die im Vorfeld zu Gesetzentwürfen stattfinden, dokumentiert und prüft. Die „exekutive Fußspur“ ist vorhanden. Das muss man entsprechend ausgestalten. Da wird nach der Wahl auf jeden Fall noch Handlungsbedarf bestehen.

Wie gesagt: Ich glaube, die vorgesehenen Maßnahmen sind ein Beitrag, das Vertrauen in die politischen Akteure im Land zu festigen. Wichtig ist – das ist auch schon angeklungen –, die Transparenzregeln so auszugestalten, dass die Dokumentationspflichten nicht zu einer übergroßen bürokratischen Belastung führen, sondern man sie gut händeln kann. Da ist der Gesetzentwurf auch entsprechend austariert.

Auch dürfen für Organisationen die Hürden nicht zu hoch werden und sie nicht das Gefühl haben: „Da können wir gar nicht ranreten“, oder: „Das führt zu irgendwelchen Nachteilen.“ Daher ist, glaube ich, mit der Registrierungspflicht, die man vorsieht, wenn es sich um eine regelmäßige Interessenvertretung handelt – aber auch bei Einmalkontakten, wenn sich jemand an jemanden wendet –, eine praktikable Regelung gefunden worden.

Ich freue mich auf jeden Fall auf die weiteren Beratungen, auch auf die Anhörung im Ständigen Ausschuss, und möchte mich bei Ihnen noch einmal ganz ausdrücklich bedanken.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, ich erkenne jetzt keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir den Gesetzentwurf Drucksache 16/9738 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Wir schließen damit Tagesordnungspunkt 5 ab.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Jetzt kommen wir zu **Punkt 6** der Tagesordnung:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung eines Beteiligungsfonds des Landes Baden-Württemberg – Drucksache 16/9829**

Hierzu hat das Präsidium beschlossen, dass wir bei der Ersten Beratung auf die Aussprache verzichten. Die Regierung verzichtet ihrerseits auf die mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Wir können damit den Gesetzentwurf Drucksache 16/9829 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau überweisen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch, wie ich sehe. Dann ist es so beschlossen.

Wir haben Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe jetzt **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung der Landesregierung vom 1. Dezember 2020 – Information über Verwaltungsabkommensentwürfe; hier: Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und dem Land über**

**Ausgestaltung, Betrieb und Fortentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) – Drucksachen 16/9419, 16/9736**

**Berichterstatter: Abg. Martin Rivoir**

Der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst schlägt Ihnen vor, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/9419, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist auch Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Sitzung angelangt.

Ich will noch einige Hinweise geben: Der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz trifft sich um 14:00 Uhr im Lina-Hähnle-Saal. Um 14:00 Uhr beginnt auch die Sitzung des Ausschusses für Verkehr; er tagt im Sitzungssaal der CDU-Fraktion. Der Ausschuss für Europa und Internationales wiederum trifft sich in einer Stunde zu einer Sitzung im Bürger- und Medienzentrums. Ihnen allen liegen die Sitzungseinladungen ja vor.

Wir treffen uns hier im Plenum wieder am Mittwoch, 3. Februar 2021, um 10:00 Uhr.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 13:09 Uhr**